

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 5 **München, den 28. Februar** **2002**

Datum	I n h a l t	Seite
6.2.2002	Bekanntmachung der Neufassung des Heilberufe-Kammergesetzes 2122-3-G	42
19.2.2002	Verordnung über Ausgleichszahlungen nach § 6a Allgemeines Eisenbahngesetz (Eisenbahnausgleichs- verordnung - AEGKostenZustV) 930-2-W	64
29.1.2002	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die zuständigen Behörden zum Vollzug des Rechts der Heilberufe 2122-5-G	65
31.1.2002	Verordnung über die Gewährung von Vergütungen für Professoren und Hochschulassistenten bei Prü- fungen nach der Lehramtsprüfungsordnung I (VergV-LPO I) 2032-3-4-5-UK	66
1.2.2002	Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Gliederung der Universitäten 2210-2-10-2-WFK	70
7.2.2002	Verordnung zur Verhütung transmissibler spongiformer Enzephalopathien durch selbst hergestellte Arzneimittel (TSE-Verhütungs-Verordnung) 2126-2-1-G	71
13.2.2002	Verordnung zur Erleichterung der Personalvertretung in der Kreis- und Stadtparkasse Erding-Dorfen 2035-46-I	73
18.2.2002	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die befristete Immatrikulation und das Weiter- studium von Studenten an Hochschulen mit Teilstudiengängen 2210-8-5-WFK	74
19.2.2002	Verordnung zur Änderung der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des mittleren technischen Überwachungsdienstes zum Schutz der Verbraucher 2038-3-2-14-I	75

2122-3-G

Bekanntmachung der Neufassung des Heilberufe-Kammergesetzes

Vom 6. Februar 2002

Auf Grund des § 5 des Gesetzes zur Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes und anderer Vorschriften des Landesgesundheitsrechts vom 24. Dezember 2001 (GVBl S. 993) wird nachstehend der Wortlaut des Heilberufe-Kammergesetzes (BayRS 2122-3-G) in **der vom 1. Januar 2002 an geltenden Fassung** bekannt gemacht.

Die Neufassung ergibt sich aus den Änderungen durch

1. das Gesetz über ergänzende Regelungen zum Schwangerschaftskonfliktgesetz und zur Ausführung des Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen (Bayerisches Schwangerenhilfenergänzungsgesetz – BaySchwHEG) vom 9. August 1996 (GVBl S. 328, BayRS 2170-8-G),
2. das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Oktober 1998 – 1 BvR 2306/96 u.a. (BGBl I S. 3430, BVerfGE 98, S. 265/328),
3. das Gesetz über Zuständigkeiten in der Gesundheit, in der Ernährung und im Verbraucherschutz vom 9. April 2001 (GVBl S. 108),
4. das Gesetz zur Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes und anderer Vorschriften des Landesgesundheitsrechts vom 24. Dezember 2001 (GVBl S. 993).

München, den 6. Februar 2002

**Bayerisches Staatsministerium
für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz**

Eberhard Sinner, Staatsminister

2122-3-G

Gesetz
über die Berufsausübung, die Berufsvertretungen
und die Berufsgerichtsbarkeit
der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker
sowie der Psychologischen Psychotherapeuten
und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten
(Heilberufe-Kammergesetz - HKaG)
in der Fassung der Bekanntmachung
vom 6. Februar 2002

Erster Teil

Ärzte

Abschnitt I

Organisation der Berufsvertretung

Art. 1

Die Berufsvertretung der Ärzte besteht aus den ärztlichen Kreisverbänden, den ärztlichen Bezirksverbänden und der Landesärztekammer.

Art. 2

(1) Die Berufsvertretung hat die Aufgabe, im Rahmen der Gesetze die beruflichen Belange der Ärzte wahrzunehmen, die Erfüllung der ärztlichen Berufspflichten zu überwachen, die ärztliche Fortbildung zu fördern, soziale Einrichtungen für Ärzte und deren Angehörige zu schaffen sowie in der öffentlichen Gesundheitspflege mitzuwirken.

(2) ¹Die Berufsvertretung ist berechtigt, innerhalb ihres Aufgabenbereichs Anfragen, Vorstellungen und Anträge an die zuständigen Behörden zu richten; sie ist verpflichtet, diesen Behörden auf Verlangen Gutachten zu erstatten. ²Die Behörden sollen die Berufsvertretung vor der Regelung wichtiger einschlägiger Fragen hören und auf Anfragen der Berufsvertretung Auskunft erteilen, soweit nicht dienstliche Gründe entgegenstehen.

Art. 3

(1) ¹Die ärztlichen Kreisverbände sind jeweils für den Bereich einer Kreisverwaltungsbehörde zu bilden; sie können für den Bereich mehrerer Kreisverwaltungsbehörden des gleichen Regierungsbezirks gebildet werden, wenn die Mitgliederzahl im Bereich der betroffenen Kreisverwaltungsbehörden 2000 nicht übersteigt. ²Die ärztlichen Kreisverbände umfassen diese Bereiche in ihrem jeweiligen Gebietsumfang.

(2) ¹Die ärztlichen Kreisverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. ²Sie führen ein Dienstsiegel.

Art. 4

(1) Mitglieder der ärztlichen Kreisverbände sind alle zur Berufsausübung berechtigten Ärzte, die

1. in Bayern ärztlich tätig sind oder,
2. ohne ärztlich tätig zu sein, in Bayern ihre Hauptwohnung im Sinn des Melderechts haben.

(2) ¹Die Mitgliedschaft wird bei dem ärztlichen Kreisverband begründet, in dessen Bereich der Betreffende sich niedergelassen hat oder sonst ärztlich tätig ist. ²Übt ein Arzt keine ärztliche Tätigkeit aus, so bestimmt sich die Mitgliedschaft nach seiner Hauptwohnung.

(3) ¹Mitglieder eines ärztlichen Kreisverbands, die gelegentlich oder vorübergehend außerhalb Bayerns ärztlich tätig sind, können von der Mitgliedschaft entbunden werden, wenn sie außerhalb Bayerns Mitglieder einer vergleichbaren ärztlichen Berufsvertretung sind. ²Personen, deren Mitgliedschaft bei einer vergleichbaren ärztlichen Berufsvertretung außerhalb Bayerns wegen gelegentlicher oder vorübergehender ärztlicher Tätigkeit in Bayern erlischt, werden Mitglieder eines ärztlichen Kreisverbands.

(4) Mitglieder eines ärztlichen Kreisverbands, die ihre ärztliche Tätigkeit außerhalb des Geltungsbereichs der Bundesärzteordnung verlegen und dort ihre Hauptwohnung nehmen, können freiwillige Mitglieder des ärztlichen Kreisverbands bleiben.

(5) ¹Die Mitgliedschaft ruht bei Ruhen der Approbation (§ 6 der Bundesärzteordnung) und bei Anordnung des Verbots, den ärztlichen Beruf auszuüben (§ 70 des Strafgesetzbuchs-StGB). ²Das Ruhen der Mitgliedschaft endet im Fall des § 6 der Bundesärzteordnung mit Aufhebung der Ruhensanordnung, im Fall des § 70 StGB mit Ablauf der Dauer oder mit der Aussetzung des Berufsverbots. ³Die Landesärztekammer kann die Mitgliedschaft von Ärzten im Praktikum für beendet erklären, wenn auf Grund der Umstände des Einzelfalls anzunehmen ist, dass der Ausbildungsabschnitt nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 der Bundesärzteordnung nicht abgeschlossen wird und die betroffene Person nicht glaubhaft gemacht hat, dass sie die Ausbildung in angemessener Frist abschließen wird.

(6) ¹Die Mitglieder sind verpflichtet, sich bei dem zuständigen ärztlichen Bezirksverband unter Vorlage

der Berechtigungsnachweise zu melden. ²Außerdem haben die Mitglieder Beginn und Beendigung ihrer Berufsausübung unverzüglich dem ärztlichen Bezirksverband anzuzeigen. ³Im Fall der Aufnahme der Berufsausübung ist

1. die Anschrift der Niederlassung oder der Beschäftigungsstelle anzugeben und
2. die Berechtigung zur Ausübung des Berufs oder zur Führung der Berufsbezeichnung nachzuweisen.

⁴Anzuzeigen sind auch Änderungen der Niederlassung. ⁵Der ärztliche Bezirksverband unterrichtet den zuständigen ärztlichen Kreisverband und die Landesärztekammer über die Mitgliederdaten, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind, außerdem auf Ersuchen das zuständige Gesundheitsamt oder die zuständige Regierung über die Mitgliederdaten, auf die sich die Melde- und Anzeigepflichten nach den Sätzen 1 bis 4 beziehen. ⁶Meldungen und Anzeigen nach den Sätzen 1 bis 4 nimmt auch der zuständige ärztliche Kreisverband entgegen und leitet sie unverzüglich an den ärztlichen Bezirksverband weiter.

(7) Die Landesärztekammer kann in einer Meldeordnung das Nähere über das Meldeverfahren zu den ärztlichen Bezirksverbänden regeln und die zur Überwachung der ärztlichen Berufspflichten erforderlichen Angaben und Nachweise, die Gegenstand der Meldung sein sollen, festlegen.

(8) Die Landesärztekammer übermittelt dem zuständigen berufsständischen Versorgungswerk Namen, Geburtsdatum, Anschrift und Datum der Berufszulassung derjenigen Ärzte, die nach Absatz 1 Nr. 1 erstmals Mitglieder eines ärztlichen Kreisverbands wurden, sofern dies für die Mitgliedschaft der Betroffenen beim berufsständischen Versorgungswerk von Bedeutung sein kann.

Art. 5

(1) ¹Die ärztlichen Kreisverbände regeln ihre Vertretung und ihre sonstigen Verhältnisse durch eine Satzung, die der Zustimmung der Landesärztekammer und der Genehmigung der Regierung bedarf. ²Zustimmung und Genehmigung sind entbehrlich, wenn der ärztliche Kreisverband ein mit Genehmigung des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz erlassenes Satzungsmuster der Landesärztekammer übernimmt. ³In der Satzung sind auch die Rechte und Pflichten der freiwilligen Mitglieder sowie das Verfahren bei der Neubildung ärztlicher Kreisverbände zu regeln.

(2) ¹Bei ärztlichen Kreisverbänden von mehr als 2000 Mitgliedern nimmt eine Delegiertenversammlung, die von den Mitgliedern auf die Dauer von vier Jahren gewählt wird, deren Aufgaben wahr. ²Es sind bei ärztlichen Kreisverbänden mit nicht mehr als 3000 Mitgliedern 25 Delegierte und mit nicht mehr als 4000 Mitgliedern 35 Delegierte zu wählen; wird die Mitgliederzahl von 4000 überschritten, so sind ebenso wie für jedes weitere angefangene Tausend an Mitgliedern jeweils drei zusätzliche Delegierte zu wählen; die Gesamtzahl der Delegierten darf 80 nicht überschreiten. ³Sinkt die Mitgliederzahl ärztlicher Kreisverbände wieder unter 2000, kann die Delegiertenversammlung beibehalten werden. ⁴Die Delegierten und ihre Ersatzleute in angemessener Zahl müssen Mitglieder des je-

weiligen ärztlichen Kreisverbands sein. ⁵In der Wahlordnung, die vom jeweiligen ärztlichen Kreisverband zu erlassen ist und der Zustimmung der Landesärztekammer sowie der Genehmigung der Regierung bedarf, kann die Dauer der Wahlperiode auf bis zu sechs Jahren verlängert werden. ⁶Art. 11 Abs. 5 und Art. 12 gelten für Delegierte sowie für Vorstands- und Ausschussmitglieder entsprechend.

(3) ¹Erreicht ein ärztlicher Kreisverband drei Monate vor der nächsten ordnungsgemäßen Wahl der Vorstandsmitglieder eine Mitgliederzahl von mehr als 2000, so ist eine Delegiertenversammlung zu wählen. ²Für diese Wahl findet die am Stichtag nach Satz 1 geltende Wahlordnung oder Satzung des ärztlichen Kreisverbands unter Berücksichtigung des Absatzes 2 Anwendung. ³Nach der in Satz 2 genannten Wahlordnung oder Satzung richtet sich auch die von der Delegiertenversammlung vorzunehmende Wahl der Vorstandsmitglieder. ⁴Bei den in Absatz 2 Satz 2 genannten ärztlichen Kreisverbänden ist eine durch Ansteigen oder Absinken der Mitgliederzahl veränderte Zahl der Delegierten bei den danach erstmals anstehenden ordnungsgemäßen Wahlen zu berücksichtigen; maßgebend für die Zahl der zu wählenden Delegierten ist der in Satz 1 genannte Stichtag.

(4) ¹Die Delegiertenversammlung ist vom Vorstand mindestens einmal jährlich einzuberufen. ²Außerordentliche Delegiertenversammlungen sind vom Vorstand unverzüglich unter Angabe des Verhandlungsgegenstands

1. auf Antrag von mindestens einem Drittel der Delegierten,
2. auf Anordnung der Landesärztekammer oder der Aufsichtsbehörde

zu einer binnen zwei Monaten nach Zugang des Antrags oder der Anordnung stattfindenden Zusammenkunft einzuberufen; in diesen Versammlungen ist Gelegenheit zu geben, den Verhandlungsgegenstand in angemessenem Umfang zu erörtern. ³Im Fall des Satzes 2 Nr. 1 ist zur Beschlussfähigkeit mindestens die Anwesenheit der dort genannten Zahl von Delegierten erforderlich, ansonsten sind außerordentliche Delegiertenversammlungen unbeschadet der Zahl der erschienenen Delegierten beschlussfähig; hierauf ist in den Ladungen hinzuweisen. ⁴Ein weiterer Antrag nach Satz 2 Nr. 1 zu dem im wesentlichen gleichen Gegenstand in derselben Wahlperiode ist nicht zulässig.

(5) ¹Wird die Wahl einer Delegiertenversammlung bestandskräftig für ungültig erklärt, so ist diese für den Rest der Wahlperiode binnen sechs Monaten zu wiederholen, woraufhin unverzüglich der Vorstand und die Ausschüsse neu zu wählen sind. ²Die Wirksamkeit vorher gefasster Beschlüsse und sonst vorgenommener Amtshandlungen der in Satz 1 genannten Organe bleibt unberührt.

(6) Bei ärztlichen Kreisverbänden ohne Delegiertenversammlung gilt Absatz 4 für die Mitgliederversammlung sinngemäß.

Art. 6

¹Die ärztlichen Kreisverbände sind berechtigt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben von allen Mitgliedern Beiträge zu erheben. ²Die Höhe der Beiträge wird in ei-

ner Beitragsordnung festgesetzt, die von den Mitgliedern bzw. Delegierten der ärztlichen Kreisverbände zu beschließen ist und zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung der Landesärztekammer und der Genehmigung der Regierung bedarf. ³Art. 5 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend. ⁴Der Vorstand des ärztlichen Kreisverbands kann die Durchführung der Beitragserhebung der Landesärztekammer übertragen.

Art. 7

(1) ¹Die ärztlichen Kreisverbände jedes Regierungsbezirks sind zu einem ärztlichen Bezirksverband zusammengeschlossen. ²Der Kreisverband München hat zugleich die Stellung eines Bezirksverbands. ³Die Bezirksverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. ⁴Sie führen ein Dienstsiegel.

(2) ¹Die Aufgaben und die Vertretung des Bezirksverbands werden durch Satzung bestimmt. ²Die Satzung bedarf der Zustimmung der Landesärztekammer und der Genehmigung der Regierung. ³Jeder ärztliche Kreisverband muss in der Vorstandschaft des ärztlichen Bezirksverbands vertreten sein. ⁴Art. 5 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

Art. 8

Die zur Erfüllung der Aufgaben der ärztlichen Bezirksverbände erforderlichen Mittel sind von den ärztlichen Kreisverbänden im Umlageverfahren aufzubringen.

Art. 9

¹Die ärztlichen Kreisverbände und Bezirksverbände stehen unter der Aufsicht der Landesärztekammer und der für ihren Sitz zuständigen Regierung. ²Die Regierung und die Landesärztekammer können jederzeit Auskunft über ihre Angelegenheiten und Beschlüsse verlangen; die Regierung kann außerdem gesetz- oder satzungswidrige Beschlüsse nach Anhörung der Landesärztekammer außer Kraft setzen. ³Im Übrigen finden Art. 59 Abs. 2, Art. 112 Satz 2, Art. 113 und 114 der Gemeindeordnung entsprechende Anwendung; die daraus sich ergebenden Rechte und Pflichten betreffen an Stelle der Gemeinde den ärztlichen Kreis- oder Bezirksverband, an Stelle des Gemeinderats den Vorstand, an Stelle des ersten Bürgermeisters den Vorsitzenden des ärztlichen Kreis- oder Bezirksverbands und an Stelle der Staatsregierung das Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz.

Art. 10

(1) ¹Die Landesärztekammer besteht aus 180 Delegierten der ärztlichen Kreisverbände und der medizinischen Fachbereiche der Landesuniversitäten. ²Ihr Sitz ist München. ³Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. ⁴Sie führt ein Dienstsiegel.

(2) Zur Wahrnehmung der die deutsche Ärzteschaft berührenden gemeinsamen Berufs- und Standesfragen ist die Landesärztekammer berechtigt, sich mit den außerbayerischen ärztlichen Landesorganisationen zu Arbeitsgemeinschaften zusammenzuschließen.

Art. 11

(1) ¹Die Delegierten zur Landesärztekammer und eine angemessene Zahl von Ersatzdelegierten werden auf die Dauer von vier Jahren

1. von den Mitgliedern der ärztlichen Kreisverbände durch geheime und schriftliche Abstimmung aus der Zahl ihrer Mitglieder gewählt (Absatz 3),
2. von den Mitgliedern der medizinischen Fachbereiche der Landesuniversitäten aus der Zahl ihrer Mitglieder entsandt (Absatz 2).

²In der Wahlordnung, die von der Landesärztekammer zu erlassen ist und der Genehmigung des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz bedarf, kann die Dauer auf bis zu sechs Jahre verlängert werden.

(2) Die medizinischen Fachbereiche der Landesuniversitäten entsenden je einen Delegierten.

(3) ¹Die um die Zahl der nach Absatz 2 zu entsendenden Delegierten verminderte Gesamtzahl der Delegierten wird auf die ärztlichen Kreisverbände nach der Zahl ihrer Mitglieder verteilt; auf jeden ärztlichen Kreisverband muss dabei mindestens ein zu wählender Delegierter entfallen. ²Das Verteilungs- und Wahlverfahren wird im Übrigen durch die Wahlordnung geregelt.

(4) Der Landesärztekammer gehören weiter die vorsitzenden Vorstandsmitglieder der Landesärztekammer und die ersten vorsitzenden Vorstandsmitglieder der ärztlichen Bezirksverbände an, soweit sie nicht bereits Delegierte sind.

(5) Das Wahlrecht und die Wählbarkeit ruhen, solange

1. dem Mitglied zur Besorgung aller seiner Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist; dies gilt auch, wenn der Aufgabenkreis des Betreuers die in § 1896 Abs. 4 und § 1905 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Angelegenheiten nicht erfasst,
2. das Mitglied sich in Untersuchungs- oder Strafhaft befindet oder
3. das Mitglied mit der Beitragsleistung für mehr als zwei Jahre im Rückstand ist, ohne dass die Beiträge gestundet sind.

Art. 12

(1) Ein Delegierter verliert seinen Sitz in der Landesärztekammer

1. durch Verzicht, der dem Vorstand der Landesärztekammer gegenüber schriftlich erklärt werden muss und unwiderruflich ist,
2. mit der Beendigung der Mitgliedschaft nach Art. 4 Abs. 1 bei einem ärztlichen Kreisverband im Freistaat Bayern,
3. durch Entziehung nach Art. 67 Abs. 1 Nr. 3.

(2) Das Mandat eines Delegierten ruht, solange die in Art. 11 Abs. 5 bezeichneten Voraussetzungen bestehen.

(3) ¹Der Verlust des Sitzes nach Absatz 1 Nr. 2 und das Ruhen des Mandats werden wirksam, wenn ein entsprechender Beschluss des Vorstands der Landesärztekammer dem Delegierten zugestellt ist. ²Im Fall des Absatzes 1 oder des Todes eines Delegierten ist der nach der Wahlordnung (Satzung) nachrückende Ersatzdelegierte in gleicher Weise zu verständigen.

Art. 13

(1) ¹Der Vorstand der Landesärztekammer besteht aus dem ersten vorsitzenden Mitglied, höchstens zwei stellvertretenden vorsitzenden Mitgliedern, den ersten vorsitzenden Vorstandsmitgliedern der ärztlichen Bezirksverbände sowie höchstens zwölf aus der Mitte der Delegierten zu wählenden Mitgliedern; das erste vorsitzende Mitglied führt die Bezeichnung „Präsident“ oder „Präsidentin“, die stellvertretenden Mitglieder führen die Bezeichnung „Vizepräsident“ oder „Vizepräsidentin“. ²Die Amtsdauer des Vorstands beträgt vier Jahre. ³Art. 11 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) ¹Die Delegierten der Landesärztekammer wählen die vorsitzenden Vorstandsmitglieder sowie aus ihrer Mitte die übrigen Vorstandsmitglieder und die erforderlichen Ausschüsse. ²Art. 5 Abs. 4 gilt im Übrigen entsprechend.

(3) Der Vorstand und die Ausschüsse können sich bis zu einem Siebtel ihrer Zahl durch Zuwahl wählbarer Mitglieder der ärztlichen Kreisverbände ergänzen.

(4) Art. 12 Abs. 1, 2 und 3 Satz 1 gelten für die Vorstands- und Ausschussmitglieder entsprechend.

Art. 14

(1) Die Landesärztekammer gibt sich eine Satzung, die der Genehmigung des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz bedarf.

(2) Das erste vorsitzende Vorstandsmitglied und jedes der stellvertretenden vorsitzenden Vorstandsmitglieder vertreten die Landesärztekammer nach Maßgabe der Satzung nach außen.

Art. 15

(1) Die Beschlüsse der Landesärztekammer und ihres Vorstands sind für die ärztlichen Kreisverbände und Bezirksverbände bindend.

(2) ¹Die Landesärztekammer ist berechtigt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben von allen Mitgliedern der ärztlichen Kreisverbände Beiträge zu erheben. ²Die Höhe der Beiträge wird in einer Beitragsordnung festgesetzt, die von der Landesärztekammer zu erlassen ist und der Genehmigung des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz bedarf.

(3) ¹Die Landesärztekammer ist berechtigt, für die Inanspruchnahme von Kammereinrichtungen und für Leistungen und Tätigkeiten, die sie in Wahrnehmung ihrer Aufgaben für einzelne Berufsangehörige, insbe-

sondere auf dem Gebiet der Weiterbildung, erbringt, Kosten (Gebühren und Auslagen) zu erheben. ²Die Gebühren sind nach dem Verwaltungsaufwand und der Bedeutung der Angelegenheit für das Mitglied zu bemessen. ³Die Gebührentatbestände und die Höhe der Gebühren setzt die Landesärztekammer durch Satzung fest, die der Genehmigung des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz bedarf.

(4) Beiträge und Kosten sind nach Maßgabe des Art. 40 beizutreiben.

Art. 16

(1) ¹Die Landesärztekammer steht unter der Aufsicht des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz. ²Dieses kann insbesondere zu den Kammersitzungen Vertreter entsenden, denen auf Verlangen jederzeit das Wort erteilt werden muss. ³Art. 9 Sätze 2 und 3 finden entsprechende Anwendung.

(2) Das Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz kann der Landesärztekammer besondere Aufgaben übertragen.

Abschnitt II

Berufsausübung

Art. 17

Die Ärzte sind verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen im Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen.

Art. 18

(1) ¹Die Ärzte, die ihren Beruf ausüben, haben insbesondere die Pflicht,

1. sich im fachlichen Rahmen ihrer Berufsausübung beruflich fortzubilden und sich dabei über die für ihre Berufsausübung geltenden Bestimmungen zu unterrichten,
2. soweit sie in eigener Praxis tätig sind, am Notfall- und Bereitschaftsdienst teilzunehmen,
3. über in Ausübung ihres Berufs gemachte Feststellungen und getroffene Maßnahmen Aufzeichnungen zu fertigen.

²Die Führung einer ärztlichen Praxis in der Rechtsform einer juristischen Person des privaten Rechts ist nicht statthaft.

(2) ¹Ärzte, die den Abbruch einer Schwangerschaft im Einzelfall für nicht verantwortbar halten, müssen ihre Mitwirkung daran ablehnen. ²Ferner haben Ärzte es zu unterlassen, einer anderen Person als einem Arzt das Geschlecht eines Ungeborenen mitzuteilen, bevor seit der Empfängnis zwölf Wochen verstrichen sind, wenn nicht die Mitteilung nach ärztlicher Erkenntnis

zur Beurteilung der Voraussetzungen des § 218a Abs. 2 StGB oder aus ärztlicher Sicht im Interesse des ungeborenen Lebens geboten ist; sie haben zur Einhaltung dieser Pflicht ihre berufsmäßig tätigen Gehilfen und die Personen anzuhalten, die bei ihnen zur Vorbereitung auf den Beruf tätig sind. ³Ärzte, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen, haben Aufzeichnungen zu fertigen über

1. die festgestellte Dauer der Schwangerschaft,
2. die Durchführung der Aufklärung und Beratung über die ärztlich bedeutsamen Gesichtspunkte, insbesondere über Ablauf, Folgen und Risiken sowie über mögliche körperliche und seelische Auswirkungen des Abbruchs der Schwangerschaft,
3. die Unterrichtung der Frau über die für die ärztliche Entscheidung maßgeblichen Gesichtspunkte und über den von der Verfassung gebotenen Schutz des ungeborenen Lebens.

⁴Außerdem sind von den an einem Schwangerschaftsabbruch mitwirkenden Ärzten, soweit nicht ein Fall des § 218a Abs. 1 StGB vorliegt, die für die ärztliche Erkenntnis im Einzelfall maßgeblichen Gesichtspunkte einschließlich der Stellungnahmen konsiliarisch beigezogener anderer Fachärzte aufzuzeichnen. ⁵Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht für Schwangerschaftsabbrüche, bei denen die Voraussetzungen des § 12 Abs. 2 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes vorliegen.

(3) ¹Das Nähere zu Absatz 1 Satz 1 regelt die Berufsordnung. ²Sie hat zu Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 vorzusehen, dass die Teilnahmeverpflichtung nur für einen bestimmten regionalen Bereich gilt und Befreiung von der Teilnahme am Notfall- und Bereitschaftsdienst aus schwerwiegenden Gründen, insbesondere wegen körperlicher Behinderungen, besonders belastender familiärer Pflichten oder wegen Teilnahme an einem klinischen Bereitschaftsdienst mit Notfallversorgung auf Antrag ganz, teilweise oder vorübergehend erteilt werden kann.

Art. 19

Die Berufsordnung kann weitere Vorschriften über Berufspflichten im Rahmen des Art. 17 enthalten, insbesondere über

1. die Einhaltung der Schweigepflicht und der sonst für die Berufsausübung geltenden Rechtsvorschriften,
2. die Ausstellung von Gutachten und Zeugnissen,
3. die Praxisankündigung und Praxiseinrichtung,
4. die Durchführung von Sprechstunden und Hausbesuchen,
5. die gemeinsame Ausübung der Berufstätigkeit,
6. die Angemessenheit und Nachprüfbarkeit des Honorars,
7. das Ausmaß des Verbots oder der Beschränkung der Werbung,
8. die Verordnung und Empfehlung von Heil- und Hilfsmitteln,

9. das berufliche Verhalten gegenüber anderen Berufsangehörigen und die Zusammenarbeit mit Angehörigen anderer Berufe,
10. die Beschäftigung von Vertretern, Assistenten und sonstigen Mitarbeitern,
11. die Ausbildung von Personal,
12. die Beteiligung an Maßnahmen der Qualitätssicherung,
13. die Beratung in berufsethischen und berufsrechtlichen Fragen vor der Durchführung
 - a) klinischer Versuche am Menschen,
 - b) epidemiologischer Forschungsvorhaben mit personenbezogenen Daten,
 - c) der Forschung mit vitalen menschlichen Gameten und Embryonen.

Art. 20

Die Berufsordnung wird von der Landesärztekammer erlassen und bedarf der Genehmigung des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz.

Abschnitt III

Praktische Ärzte

Art. 21

(1) ¹Wer eine spezifische Ausbildung in der Allgemeinmedizin nach den folgenden Vorschriften abgeschlossen hat, erhält hierüber auf Antrag ein Zeugnis. ²Das Zeugnis berechtigt dazu, die Bezeichnung „praktischer Arzt“ oder „praktische Ärztin“ zu führen, sofern der Zeugnisinhaber im Geltungsbereich der Bundesärzteordnung den ärztlichen Beruf ausüben darf.

(2) Das Zeugnis wird erteilt, wenn die Ableistung einer mindestens dreijährigen Ausbildung unter der Aufsicht der zuständigen Behörden nach Bestehen des Dritten Abschnitts der Ärztlichen Prüfung nachgewiesen ist.

(3) ¹Die vorwiegend praktische Ausbildung erfolgt in Fächern, die für die allgemeinmedizinische Versorgung bedeutsam sind. ²Sie findet während jeweils mindestens sechs Monaten statt

1. in entsprechend ausgerüsteten Krankenhausabteilungen für Innere Medizin, für Chirurgie, für Frauenheilkunde und Geburtshilfe, für Kinderheilkunde, für Nervenheilkunde oder für Psychiatrie und
2. in Praxen von vertragsarztrechtlich zugelassenen Ärzten für Allgemeinmedizin oder von Ärzten ohne Gebietsbezeichnung.

³Die praktische Ausbildung nach Satz 2 Nr. 1 soll nach Möglichkeit in zwei der dort genannten Krankenhausabteilungen erfolgen. ⁴Unbeschadet der in Satz 2 ge-

nannten Mindestzeiten kann die praktische Ausbildung während eines Zeitraums von insgesamt höchstens sechs Monaten

1. in Praxen von vertragsarztrechtlich zugelassenen Ärzten für Innere Medizin, für Chirurgie, für Frauenheilkunde und Geburtshilfe, für Kinderheilkunde, für Nervenheilkunde oder für Psychiatrie und
2. in Gesundheitsämtern, in werks-, betriebs- oder versorgungsärztlichen Diensten, in Medizinischen Diensten der Krankenversicherung, in Einrichtungen für die Rehabilitation Behinderter, in Sanitätszentren oder ähnlichen Einrichtungen der Bundeswehr, in truppenärztlichen Einrichtungen der Bundeswehr, in Justizvollzugsanstalten mit hauptamtlichem Anstaltsarzt sowie in geeigneten vergleichbaren Einrichtungen, die auf Antrag zugelassen werden können,

abgeleistet werden.

(4) Die Teilnehmer an der spezifischen Ausbildung müssen von den Personen, mit denen sie beruflich arbeiten, persönlich zur Mitarbeit herangezogen werden und Mitverantwortung übernehmen.

(5) ¹Über die Ableistung der einzelnen Abschnitte der spezifischen Ausbildung in der Allgemeinmedizin erteilt die jeweilige Ausbildungsstelle eine Bescheinigung, aus der sich die Dauer und Gründe von Ausbildungsunterbrechungen im Sinn von Art. 23 Abs. 2 ergeben müssen. ²Aus der Bescheinigung über die Ausbildung in Arztpraxen nach Absatz 3 Satz 2 Nr. 2 und Satz 4 Nr. 1 muss außerdem hervorgehen, dass sich diese Ausbildung auf die Erkennung und Behandlung praxistypischer Krankheiten unter Einbeziehung des sozialen Umfelds, auf die Gesundheitsführung von Patienten, auf Vorsorgemaßnahmen, auf die Früherkennung von Krankheiten und auf die Einleitung von Rehabilitationsmaßnahmen erstreckt hat.

(6) Zeugnisse nach Absatz 1 dürfen nur erteilt werden, wenn die Antragsteller die ärztliche Ausbildung vollständig abgeschlossen haben.

Art. 22

Die Ausbildung kann, soweit sie die Anforderungen des Art. 21 erfüllt, auch im Rahmen einer Tätigkeit als Arzt im Praktikum, einer vertragsarztrechtlichen Vorbereitungszeit oder einer ärztlichen Weiterbildung abgeleistet werden.

Art. 23

(1) ¹Die Ausbildung nach Art. 21 Abs. 3 Satz 2 ist in dem dort genannten Mindestumfang in Vollzeit-tätigkeit durchzuführen. ²Im Übrigen kann die Ausbildung nach Art. 21 Abs. 2 als Teilzeitausbildung unter folgenden Voraussetzungen abgeleistet werden:

1. Die Gesamtdauer der Ausbildung darf nicht dadurch verkürzt werden, dass sie in Teilzeit erfolgt.
2. Die wöchentliche Ausbildungsdauer der Teilzeitausbildung darf nicht unter 50 v.H. der wöchentlichen Ausbildungsdauer in Vollzeit betragen.
3. Die Teilzeitausbildung muss der Vollzeitausbildung qualitativ entsprechen.

(2) ¹Auf die Dauer der Ausbildung nach Art. 21 Abs. 2 werden Unterbrechungen wegen

1. Urlaubs bis zu sechs Wochen jährlich,
2. anderer nicht zu vertretender Gründe, insbesondere Krankheit, bis zur Gesamtdauer von vier Wochen

angerechnet. ²Bei Ärztinnen werden auch Unterbrechungen wegen Schwangerschaft bis zur Gesamtdauer von vier Wochen angerechnet.

Art. 24

(1) Wer nach dem Recht eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zur Ausführung von Art. 1 der Richtlinie 86/457/EWG vom 15. September 1986 (ABl EG Nr. 267, S. 26) oder von Art. 30 der Richtlinie 93/16/EWG vom 5. April 1993 (ABl EG Nr. L 165 S. 1), geändert durch die Richtlinie 2001/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2001 (ABl EG Nr. L 206 S. 1) in ihrer jeweiligen Fassung ein Diplom, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis über eine abgeleitete spezifische Ausbildung in der Allgemeinmedizin erworben hat, erhält auf Antrag ein Zeugnis nach Art. 21 Abs. 1.

(2) Auf Antrag werden ferner in einem der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zurückgelegte Ausbildungszeiten auf den Ausbildungsgang nach Art. 21 Abs. 3 angerechnet, wenn eine Bescheinigung der zuständigen Behörde des Mitglied- oder Vertragsstaats vorgelegt wird, aus der sich neben der Ausbildungsdauer und der Art der Ausbildungseinrichtung ergibt, dass die Ausbildung nach dem Recht des Mitglied- oder Vertragsstaats zur Ausführung von Art. 2 Abs. 1 Buchst. c Satz 2 der Richtlinie 86/457/EWG oder von Art. 31 Abs. 1 Buchst. c Satz 2 der Richtlinie 93/16/EWG vom 5. April 1993, geändert durch die Richtlinie vom 14. Mai 2001, in ihrer jeweiligen Fassung erfolgt ist.

Art. 25

(1) ¹Wer am 1. Januar 1990 als niedergelassener Arzt oder Ärztin die Bezeichnung „praktischer Arzt“ oder „praktische Ärztin“ führt, darf sie weiter führen. ²Zur Führung dieser Bezeichnung sind auch Ärzte berechtigt, die bis zum 31. Dezember 1990 die kassenarztrechtliche Vorbereitungszeit vollständig abgeleistet haben und sich bis spätestens 31. Dezember 1991, ohne eine Gebietsbezeichnung zu führen, niederlassen.

(2) Wer die Ausbildung nach Abschnitt III vor dem 1. Januar 2003 aufgenommen hat und vor dem 1. Januar 2006 abschließt, erhält das Zeugnis nach Art. 21 Abs. 1 Satz 1 nach Maßgabe des Gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juli 1994 (GVBl S. 853, ber. 1995, S. 325).

Art. 26

¹Das Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz wird ermächtigt, durch Rechts-

verordnung die zuständigen Behörden oder Stellen zum Vollzug des Abschnitts III zu bestimmen. ²Es kann dabei auch die Bayerische Landesärztekammer als zuständige Stelle bestimmen.

Abschnitt IV

Weiterbildung

Art. 27

Ärzte können nach Maßgabe der Art. 28 bis 36 neben ihrer Berufsbezeichnung weitere Bezeichnungen führen, die auf besondere Kenntnisse und Fähigkeiten in einem bestimmten medizinischen Gebiet (Gebietsbezeichnung) oder Teilgebiet (Teilgebietsbezeichnung) oder auf andere zusätzlich erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten (Zusatzbezeichnung) hinweisen.

Art. 28

(1) Die Bezeichnungen nach Art. 27 bestimmt die Landesärztekammer in den Fachrichtungen

1. Konservative Medizin,
2. Operative Medizin,
3. Nervenheilkundliche Medizin,
4. Theoretische Medizin,
5. Ökologische Medizin,
6. Methodisch-technische Medizin und

in Verbindungen dieser Fachrichtungen, wenn dies im Hinblick auf die medizinische Entwicklung und eine angemessene ärztliche Versorgung erforderlich ist.

(2) Die Bestimmung von Bezeichnungen ist aufzuheben, wenn die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind.

(3) Gebietsbezeichnungen sind auch die Bezeichnungen „Allgemeinmedizin“ und „Öffentliches Gesundheitswesen“.

Art. 29

(1) ¹Eine Bezeichnung nach Art. 27 darf führen, wer eine Anerkennung erhalten hat. ²Die Anerkennung erhält der Arzt, der die vorgeschriebene Weiterbildung erfolgreich abgeschlossen hat.

(2) ¹Mehrere Gebietsbezeichnungen dürfen auf verwandten Gebieten nebeneinander geführt werden. ²Die Bezeichnung „Allgemeinmedizin“ darf nicht neben einer anderen Gebietsbezeichnung geführt werden. ³Das gilt für die Führung der Bezeichnung „praktischer Arzt“ oder „praktische Ärztin“ entsprechend.

(3) Teilgebietsbezeichnungen dürfen nur zusammen mit der Bezeichnung des Gebiets geführt werden, dem die Teilgebiete zugehören.

Art. 30

(1) Die Weiterbildung in den Gebieten und Teilgebieten erfolgt in praktischer Berufstätigkeit und theoretischer Unterweisung.

(2) Die Weiterbildung in den Gebieten darf drei Jahre nicht unterschreiten und soll in der Regel sechs Jahre nicht überschreiten.

(3) Die Weiterbildung in den Teilgebieten kann im Rahmen der Weiterbildung in dem Gebiet durchgeführt werden, dem die Teilgebiete zugehören, wenn es die Weiterbildungsordnung zulässt.

(4) ¹Die Weiterbildung in den Gebieten und Teilgebieten hat der Weiterzubildende ganztätig und in hauptberuflicher Stellung abzuleisten. ²Dies gilt auch für eine Weiterbildung in Bereichen, sofern in der Weiterbildungsordnung nichts anderes bestimmt ist. ³Zeiten bei einer Weiterbildungsstätte und einem weiterbildenden Arzt unter sechs Monaten werden nur angerechnet, wenn sie vorgeschrieben sind. ⁴Die Landesärztekammer kann von Satz 3 abweichende Bestimmungen für die Weiterbildung in einzelnen Gebieten und Teilgebieten treffen sowie im einzelnen Ausnahmen zulassen, wenn es mit den Zielen der Weiterbildung vereinbar ist.

(5) ¹Die Weiterbildung kann mit vorheriger Zustimmung der Landesärztekammer nach näherer Maßgabe der Weiterbildungsordnung in einem Umfang von mindestens der Hälfte der üblichen wöchentlichen Arbeitszeit erfolgen, wenn eine Weiterbildung in Vollzeittätigkeit aus stichhaltigem Grund nicht möglich oder nicht zumutbar ist und wenn und soweit eine Teilzeittätigkeit das Ziel der Weiterbildung im jeweiligen Gebiet, Teilgebiet oder Bereich nicht beeinträchtigt. ²Die Weiterbildungszeit verlängert sich entsprechend.

(6) Eine Zeit beruflicher Tätigkeit, in der auch eine eigene Praxis ausgeübt wird, ist auf Weiterbildungszeiten für die Gebiete und Teilgebiete nicht anrechnungsfähig.

(7) Die Weiterbildung umfasst insbesondere die für den Erwerb der jeweiligen Bezeichnung nach Art. 27 erforderliche Vertiefung der Kenntnisse und Fähigkeiten in der Verhütung, Erkennung und Behandlung von Krankheiten, Körperschäden und Leiden, einschließlich der Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Umwelt, sowie in den notwendigen Maßnahmen der Rehabilitation.

(8) Das Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Voraussetzungen für die Erteilung der Anerkennung in dem Gebiet „Öffentliches Gesundheitswesen“, insbesondere Inhalt und Dauer der Weiterbildung im Rahmen des Absatzes 2 zu regeln.

Art. 31

(1) ¹Die Weiterbildung in Gebieten und Teilgebieten wird unter verantwortlicher Leitung ermächtigter Ärzte in einem Universitätszentrum, einer Universitätsklinik oder in einer hierzu von der zuständigen Behörde oder Stelle zugelassenen Einrichtung der ärztlichen Versorgung (Weiterbildungsstätten) durchgeführt. ²Die Weiterbildungsordnung kann vorsehen,

dass auch die Weiterbildung in Bereichen unter verantwortlicher Leitung entsprechend ermächtigter Ärzte durchgeführt wird.³Die Weiterbildung in Gebieten und Teilgebieten kann nach näherer Maßgabe der Weiterbildungsordnung bis zur Höchstdauer von drei Jahren auch bei einem ermächtigten niedergelassenen Arzt durchgeführt werden.⁴Die Weiterbildung im Gebiet „Öffentliches Gesundheitswesen“ wird in besonderen, vom Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz bestimmten Einrichtungen durchgeführt.

(2)¹Die Ermächtigung zur Weiterbildung nach Absatz 1 kann nur erteilt werden, wenn der Arzt fachlich und persönlich geeignet ist und wenn und soweit die Voraussetzungen nach Absatz 4 Satz 1 Nrn. 1 und 2 vorliegen.²Sie kann für ein Gebiet oder Teilgebiet nur erteilt werden, wenn der Arzt die entsprechende Bezeichnung führt; sie kann mehreren Ärzten gemeinsam erteilt werden.³Satz 2 Halbsatz 1 gilt für eine in der Weiterbildungsordnung festzulegende angemessene Übergangszeit nicht, wenn die Landesärztekammer nach Art. 28 Abs. 1 eine neue Bezeichnung bestimmt.

(3)¹Der ermächtigte Arzt ist verpflichtet, die Weiterbildung entsprechend den Weiterbildungsbestimmungen dieses Gesetzes sowie der Weiterbildungsordnung durchzuführen.²Über die Weiterbildung hat er in jedem Einzelfall ein Zeugnis auszustellen.

(4)¹Die Zulassung einer Krankenhausabteilung als Weiterbildungsstätte setzt voraus, dass

1. Patienten in so ausreichender Zahl und Art behandelt werden, dass der weiterzubildende Arzt die Möglichkeit hat, sich mit den typischen Krankheiten des Gebiets, Teilgebiets oder Bereichs, auf das sich die Bezeichnung nach Art. 27 bezieht, vertraut zu machen,
2. Personal und Ausstattung vorhanden sind, die den Erfordernissen der medizinischen Entwicklung Rechnung tragen und
3. regelmäßige Konsiliartätigkeit ausgeübt wird.

²Dies gilt sinngemäß für Institute und andere Einrichtungen.

(5) Mit der Beendigung der Tätigkeit des Arztes an der Weiterbildungsstätte erlischt seine Ermächtigung zur Weiterbildung.

Art. 32

(1)¹Über die Ermächtigung des Arztes und den Widerruf der Ermächtigung entscheidet die Landesärztekammer.²Die Ermächtigung bedarf eines Antrags.

(2)¹Die Landesärztekammer führt ein Verzeichnis der ermächtigten Ärzte, aus dem hervorgeht, in welchem Umfang sie zur Weiterbildung ermächtigt sind.²Das Verzeichnis ist bekanntzumachen.

(3)¹Über die Zulassung der Weiterbildungsstätte und den Widerruf der Zulassung entscheidet die Landesärztekammer; über die Zulassung von Krankenhausabteilungen und über den Widerruf der Zulassung entscheidet das Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz nach Anhörung

der Landesärztekammer im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.²Die Zulassung bedarf eines Antrags.³Die zugelassenen Weiterbildungsstätten sind bekanntzumachen.

Art. 33

(1)¹Die Anerkennung nach Art. 29 Abs. 1 ist bei der Landesärztekammer zu beantragen.²Diese entscheidet über den Antrag auf Grund des Ergebnisses einer Prüfung der vorgelegten Zeugnisse über den Inhalt, den Umfang und den Erfolg der nach abgeschlossenem Medizinstudium durchlaufenen Weiterbildung in dem gewählten Gebiet, Teilgebiet oder Bereich (Art. 27) und eines Prüfungsgesprächs über die erworbenen besonderen oder zusätzlichen Kenntnisse und Fähigkeiten in theoretischer und praktischer Hinsicht.³Die Weiterbildungsordnung kann auch für die Weiterbildung in Bereichen ein Prüfungsgespräch vorsehen.

(2)¹Der Vorstand der Landesärztekammer bestellt einen Ausschuss, der die Zeugnisse im Sinn des Absatzes 1 Satz 2 prüft und die Prüfungsgespräche durchführt.²Bei Bedarf sind mehrere Ausschüsse zu bilden.³Jedem Ausschuss gehören mindestens drei Mitglieder an.⁴Das Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz kann ein weiteres Mitglied bestimmen.⁵Das Prüfungsgespräch kann auch bei Abwesenheit des vom Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz bestimmten Mitglieds durchgeführt werden.

(3)¹Kann die Anerkennung nicht erteilt werden, so kann der Ausschuss vor Wiederholung des Verfahrens nach Absatz 1 die vorgeschriebene Weiterbildungszeit verlängern und besondere Anforderungen an die Weiterbildung stellen.²Das Anerkennungsverfahren kann mehrmals wiederholt werden.

(4)¹Wer in einem von Art. 30 und 31 abweichenden Weiterbildungsengang eine Weiterbildung abgeschlossen hat, erhält auf Antrag die Anerkennung, wenn die Weiterbildung gleichwertig ist.²Eine nicht abgeschlossene oder eine abgeschlossene, aber nicht gleichwertige Weiterbildung kann unter vollständiger oder teilweiser Anrechnung der bisher abgeleisteten Weiterbildungszeiten nach den Weiterbildungsvorschriften dieses Gesetzes abgeschlossen werden.³Über die Anrechnung entscheidet die Landesärztekammer.⁴Die Sätze 2 und 3 gelten entsprechend für die Tätigkeit als Arzt im Praktikum nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 der Bundesärzteordnung, wenn die abgeleistete Tätigkeit der Weiterbildung gleichwertig ist.

(5)¹Wer als Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ein Diplom, ein Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungsnachweis des Facharztes besitzt, die nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften oder nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum gegenseitig anerkannt werden, erhält auf Antrag die entsprechende Anerkennung nach Art. 29 Abs. 1 Satz 1.²Die Bezeichnung ist in deutscher Sprache zu führen.

(6)¹Im Gebiet „Öffentliches Gesundheitswesen“ wird der erfolgreiche Abschluss der Weiterbildung durch das Bestehen der Prüfung an einer Akademie für

das öffentliche Gesundheitswesen nachgewiesen. ²Die Anerkennung wird erst erteilt, wenn die vorgeschriebene Weiterbildungszeit abgeleistet ist. ³Die Anerkennung erteilt das Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz.

Art. 34

(1) Wer eine Gebietsbezeichnung führt, darf grundsätzlich nur in dem Gebiet, wer eine Teilgebietsbezeichnung führt, muss auch in dem Teilgebiet tätig sein, dessen Bezeichnung er führt.

(2) Wer eine Gebietsbezeichnung führt, soll sich in der Regel nur durch Berufsangehörige vertreten lassen, die dieselbe Gebietsbezeichnung führen.

(3) Wer eine Bezeichnung nach Art. 27 führt, hat sich in dem Gebiet, Teilgebiet oder Bereich, auf das sich die Bezeichnung bezieht, und, wenn die Voraussetzungen für die Teilnahme nach Art. 18 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 vorliegen, auch für eine Tätigkeit im Rahmen des Notfall- und Bereitschaftsdienstes fortzubilden.

Art. 35

(1) Die Landesärztekammer erlässt eine Weiterbildungsordnung, die der Genehmigung des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz bedarf.

(2) ¹In der Weiterbildungsordnung sind insbesondere zu regeln

1. der Inhalt und Umfang der Gebiete, Teilgebiete und Bereiche, auf die sich die Bezeichnungen nach Art. 27 beziehen,
2. die Bestimmung und die Aufhebung von Bezeichnungen nach Art. 28,
3. die Festlegung der verwandten Gebiete, deren Bezeichnung nach Art. 29 Abs. 2 nebeneinander geführt werden darf,
4. der Inhalt und die Mindestdauer der Weiterbildung nach Art. 30, insbesondere Inhalt, Dauer und Reihenfolge der einzelnen Weiterbildungsabschnitte, die Bezeichnung der einzelnen Teilgebiete, bei denen die Weiterbildung nach Art. 30 Abs. 3 ganz oder teilweise in dem Gebiet durchgeführt werden kann, dem die einzelnen Teilgebiete zugehören, sowie Dauer und besondere Anforderungen der verlängerten Weiterbildung nach Art. 33 Abs. 3,
5. die Voraussetzungen für die Ermächtigung und Zulassung, mit Ausnahme von Krankenhausabteilungen, nach Art. 31 Abs. 2, 4 und 5,
6. die Anforderungen, die an das Zeugnis nach Art. 31 Abs. 3 Satz 2 zu stellen sind,
7. das Verfahren zur Erteilung der Anerkennung nach Art. 33 Abs. 1 und 2,
8. die nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften oder nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum für die Staatsangehörigen der Mitglied- oder Vertragsstaaten gebotenen be-

sonderen Weiterbildungs- und Anerkennungsvoraussetzungen und -verfahren.

²In der Weiterbildungsordnung können auch besondere Vorbildungsvoraussetzungen für die Weiterbildung in berufsübergreifenden Gebieten festgelegt werden.

(3) ¹Unter den Voraussetzungen des Art. 28 Abs. 1 können in der Weiterbildungsordnung weitere Befähigungen in der Form des Erwerbs

1. zusätzlicher Kenntnisse und Fähigkeiten im jeweiligen Gebiet (zusätzliche Weiterbildung im Gebiet) oder
2. von Fachkunden in ärztlichen Untersuchungs- und Behandlungsmethoden, die ihrer Eigenart nach besondere Kenntnisse und Erfahrungen des Arztes voraussetzen,

vorgesehen werden. ²Die zu regelnden Anforderungen an den Erwerb dieser Befähigungen können sich dabei nach den Anforderungen richten, die in diesem Abschnitt an die Weiterbildung in den Gebieten und Teilgebieten gestellt werden. ³Den Erwerb dieser Befähigungen bestätigt die Landesärztekammer durch eine Bescheinigung. ⁴Deren Inhaber sind zur Ankündigung dieser Befähigungen berechtigt, wenn sie insoweit tätig sind.

Art. 36

Die im übrigen Geltungsbereich der Bundesärztekammer erteilte Anerkennung, eine Bezeichnung im Sinn des Art. 27 zu führen, gilt auch im Freistaat Bayern.

Abschnitt V

Berufsaufsicht

Art. 37

(1) Zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Ärzten sowie zwischen einem Arzt und einem Nichtarzt, die sich aus der ärztlichen Tätigkeit ergeben, hat der Vorstand des ärztlichen Kreisverbands einen Vermittler zu bestellen.

(2) ¹Bei Streitigkeiten zwischen Ärzten untereinander unternimmt der Vermittler des ärztlichen Kreisverbands von sich aus oder auf Antrag eines Beteiligten einen Vermittlungsversuch. ²Erhebt ein Beteiligter vor Beginn des Vermittlungsversuchs Widerspruch, so entfällt eine Tätigkeit des Vermittlers.

(3) Bei Streitigkeiten zwischen einem Arzt und einem Nichtarzt wird der Vermittler des ärztlichen Kreisverbands nur auf Antrag eines Beteiligten mit ausdrücklicher Zustimmung des anderen Beteiligten tätig.

(4) ¹Der Vermittler hat innerhalb von vier Wochen nach Anrufung tätig zu werden. ²Er kann von den Beteiligten Auskunft verlangen, soweit nicht das ärztliche Berufsgeheimnis oder eine dienstliche Verpflichtung zur Verschwiegenheit entgegensteht, sowie persönliches Erscheinen veranlassen.

(5) Kommt ein Ausgleich nicht zustande, ist die Tätigkeit des Vermittlers beendet.

(6) ¹Zuständig zur Durchführung des Vermittlungsverfahrens ist der ärztliche Kreisverband, dem die beteiligten Ärzte angehören. ²Gehören die beteiligten Ärzte verschiedenen Kreisverbänden an, so ist der zunächst um Vermittlung angegangene Kreisverband zuständig.

Art. 38

(1) ¹Der Vorstand des ärztlichen Bezirksverbands kann ein Mitglied, das die ihm obliegenden Berufspflichten verletzt hat, rügen, wenn die Schuld gering ist und der Antrag auf Einleitung eines berufsergerichtlichen Verfahrens nicht erforderlich erscheint. ²Ärzte im öffentlichen Dienst unterliegen hinsichtlich ihrer dienstlichen Tätigkeit nicht dem Rügerecht.

(2) ¹Das Rügerecht erlischt, sobald wegen desselben Sachverhalts ein berufsergerichtliches Verfahren gegen das Mitglied eingeleitet ist. ²Abweichend von Satz 1 kann in den Fällen des Art. 79 Abs. 1 Satz 2 und des Art. 83 Abs. 2 Satz 2 das Rügerecht wieder ausgeübt werden. ³Im Übrigen gilt Art. 66 Abs. 2 entsprechend.

(3) ¹Vor Erteilung der Rüge ist das Mitglied zu hören. ²Der Bescheid, durch den das Verhalten des Mitglieds gerügt wird, ist zu begründen. ³Er ist dem Mitglied mit Rechtsmittelbelehrung zuzustellen. ⁴Eine Zweitschrift des Bescheids ist der Landesärztekammer und der Regierung zu übersenden.

(4) ¹Gegen den Bescheid kann das Mitglied innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde bei der Landesärztekammer erheben. ²Über die Beschwerde entscheidet der Vorstand der Landesärztekammer; Absatz 3 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. ³Eine Zweitschrift des Beschwerdebescheids ist dem ärztlichen Bezirksverband, der den Rügebescheid erlassen hat, und der Regierung zu übersenden.

(5) ¹Wird die Beschwerde gegen den Rügebescheid ganz oder teilweise zurückgewiesen, so kann das Mitglied insoweit innerhalb eines Monats nach der Zustellung Antrag auf gerichtliche Entscheidung durch das Berufsergericht stellen. ²Werden neue Tatsachen oder Beweismittel bekannt, so kann das Mitglied noch innerhalb eines Jahres nach Zustellung des Beschwerdebescheids den Antrag stellen. ³Der Antrag kann bis zu Beginn der mündlichen Verhandlung oder, wenn das Beschlussverfahren nach Art. 84 Abs. 3 durchgeführt wird, bis zur Entscheidung des Gerichts zurückgenommen werden.

(6) ¹Das Berufsergericht bestätigt den Beschwerdebescheid, soweit es eine Berufsverfehlung für nachgewiesen hält, andernfalls hebt es Beschwerdebescheid und Rügebescheid auf. ²Der Rügebescheid kann nicht deshalb aufgehoben werden, weil der Vorstand des ärztlichen Bezirksverbands zu Unrecht angenommen hat, dass die Schuld des Mitglieds nur gering und der Antrag auf Einleitung eines berufsergerichtlichen Verfahrens nicht erforderlich sei. ³Im Übrigen sind auf das Verfahren die Vorschriften des Fünften Teils entsprechend anzuwenden mit Ausnahme der Art. 67, 79 bis 83 und 90 bis 92.

(7) ¹Die Erteilung einer Rüge steht einem berufsergerichtlichen Verfahren wegen desselben Sachver-

halts auf Antrag gemäß Art. 77 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 nicht entgegen. ²Jedoch kann der ärztliche Bezirksverband und nach Ablauf von einem Monat nach Zugang des Rügebescheids auch die Regierung die Einleitung des berufsergerichtlichen Verfahrens nur noch beantragen, wenn nach Erteilung der Rüge neue Tatsachen oder Beweismittel bekannt geworden sind, die die Berufsverfehlung als durch eine Rüge nicht genügend geahndet erscheinen lassen. ³Der Antrag kann nur innerhalb eines Jahres nach Erteilung der Rüge gestellt werden.

(8) ¹Bei einem Verfahren nach Absatz 7 wird die Rüge mit Rechtskraft der Entscheidung des Berufsergerichts gegenstandslos. ²Hält das Berufsergericht die Durchführung eines berufsergerichtlichen Verfahrens wegen Geringfügigkeit der erhobenen Beschuldigungen nicht für erforderlich oder stellt es wegen der Geringfügigkeit der Berufspflichtverletzung das Verfahren ein, so hat es in seinem Beschluss die Rüge aufrechtzuerhalten, wenn die Nachprüfung ergibt, dass sie zu Recht erteilt wurde.

Art. 39

(1) Der Vorstand des ärztlichen Bezirksverbands beantragt die Einleitung des berufsergerichtlichen Verfahrens (Art. 77 Abs. 1 Nr. 1), wenn eine Rüge nach Art. 38 Abs. 1 zur Ahndung der Verletzung der Berufspflicht nicht ausreicht oder wenn das Mitglied trotz einer rechtswirksam erteilten Rüge sein beanstandetes Verhalten fortsetzt.

(2) Bei einem beamteten Arzt, auf den eine Disziplinarordnung Anwendung findet, setzt der Vorstand des ärztlichen Bezirksverbands den Dienstvorgesetzten des Arztes über die Verletzung der Berufspflicht in Kenntnis.

(3) ¹Ist wegen des zu beanstandenden Verhaltens bei einem Gericht oder einer Behörde gegen das Mitglied bereits der Antrag auf Einleitung eines Straf-, Bußgeld- oder Disziplinarverfahrens gestellt worden, so kann der Vorstand des ärztlichen Bezirksverbands den Antrag auf Einleitung des berufsergerichtlichen Verfahrens bis zum rechtskräftigen Abschluss des anderen Verfahrens zurückstellen. ²Nach Abschluss dieses Verfahrens kann er von dem Antrag nach Absatz 1 absehen, wenn nicht Maßnahmen nach Art. 67 Abs. 1 Nr. 3 oder Nr. 4 angezeigt sind oder sonst die Voraussetzungen für eine zusätzliche berufsergerichtliche Ahndung nach Art. 67 Abs. 3 vorliegen. ³Die Entscheidung, mit der der Antrag auf Einleitung des berufsergerichtlichen Verfahrens zurückgestellt wird oder von ihm abgesehen wird, ist dem Mitglied und der Regierung mitzuteilen.

(4) Erhält der Vorstand des ärztlichen Bezirksverbands Kenntnis von der Verletzung der Berufspflichten durch einen Arzt, der einem anderen Bezirksverband zugehörigen ärztlichen Kreisverband oder einer vergleichbaren Berufsvertretung eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland angehört, so gibt er dem anderen Bezirksverband oder dem zuständigen Organ der anderen Berufsvertretung davon Kenntnis.

Art. 40

(1) Die ärztlichen Kreisverbände, die ärztlichen Bezirksverbände und die Landesärztekammer haben für

die von ihnen festgesetzten Beiträge und sonstigen auf Grund der Satzung oder von Gesetzen einzuhebenden Geldforderungen gegenüber den Mitgliedern der ärztlichen Kreisverbände das Vollstreckungsrecht.

(2) Der Vorstand der zuständigen Berufsvertretung hat die Vollstreckung nach Maßgabe der Vorschriften des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung bewirken zu lassen.

Art. 41

(1) Ärzte, die Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines anderen Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sind und im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes ihren Beruf gelegentlich oder vorübergehend nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften oder nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum ausüben (Dienstleistungsverkehr), sind von der Mitgliedschaft zu einem ärztlichen Kreisverband befreit, solange sie in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

(2) ¹Die in Absatz 1 genannten Ärzte sind verpflichtet, die beabsichtigte Ausübung des ärztlichen Berufs der Landesärztekammer anzuzeigen, wenn damit ein vorübergehender Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes verbunden ist. ²In dringenden Fällen kann die Anzeige unverzüglich nachträglich erfolgen.

(3) ¹Art. 17, 38 und 39 sowie der Sechste Teil finden für die in Absatz 1 genannten Ärzte entsprechende Anwendung. ²Dasselbe gilt hinsichtlich des Art. 18 und der Berufsordnung für die Ärzte Bayerns, soweit es sich nicht um Rechte und Pflichten handelt, die einen gewöhnlichen Aufenthalt des Arztes im Geltungsbereich dieses Gesetzes voraussetzen.

Zweiter Teil

Zahnärzte

Art. 42

Die Berufsvertretung der Zahnärzte besteht aus den zahnärztlichen Bezirksverbänden und der Landes-zahnärztekammer.

Art. 43

(1) ¹Die zahnärztlichen Bezirksverbände sind für den Bereich eines Regierungsbezirks zu bilden; sie umfassen diesen Bereich in seinem jeweiligen Gebietsumfang. ²Die in der Stadt und im Landkreis München ansässigen Zahnärzte bilden einen eigenen Bezirksverband. ³Die Bezirksverbände stehen unter der Aufsicht der Landes-zahnärztekammer und der Regierung. ⁴Sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. ⁵Sie führen ein Dienstsiegel.

(2) Mitglieder der zahnärztlichen Bezirksverbände sind alle zur Berufsausübung berechtigten Zahnärzte, die

1. in Bayern zahnärztlich tätig sind oder,
2. ohne zahnärztlich tätig zu sein, in Bayern ihre Hauptwohnung haben.

Art. 44

(1) Die Landes-zahnärztekammer besteht aus 70 Delegierten der zahnärztlichen Bezirksverbände.

(2) Der Vorstand der Landes-zahnärztekammer besteht aus dem ersten vorsitzenden Mitglied, höchstens zwei stellvertretenden vorsitzenden Mitgliedern, den ersten vorsitzenden Vorstandsmitgliedern der zahnärztlichen Bezirksverbände sowie höchstens vier aus der Mitte der Delegierten zu wählenden Mitgliedern und einer von den medizinischen Fachbereichen der Landesuniversitäten zu entsendenden Lehrperson der Zahnheilkunde; das erste vorsitzende Mitglied führt die Bezeichnung „Präsident“ oder „Präsidentin“, die stellvertretenden Mitglieder führen die Bezeichnung „Vizepräsident“ oder „Vizepräsidentin“.

(3) Der Landes-zahnärztekammer gehören weiter an diejenigen Mitglieder des Vorstands, die nicht aus der Zahl der Delegierten gewählt wurden und nicht dem Vorstand gemäß Art. 13 Abs. 3 angehören, ohne Delegierte zu sein.

Art. 45

(1) Für die Weiterbildung der Zahnärzte gilt der Abschnitt IV des Ersten Teils mit Ausnahme des Art. 35 Abs. 3 entsprechend, soweit sich aus den folgenden Absätzen nichts anderes ergibt.

(2) ¹Zahnärzte dürfen neben ihrer Berufsbezeichnung weitere Bezeichnungen führen, die auf besondere Kenntnisse und Fähigkeiten in einem bestimmten Gebiet der Zahnheilkunde (Gebietsbezeichnung) oder auf andere zusätzlich erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten (Zusatzbezeichnung) hinweisen. ²Mehrere Gebietsbezeichnungen dürfen nebeneinander geführt werden. ³Abweichend von Art. 34 Abs. 1 kann die Landes-zahnärztekammer in der Weiterbildungsordnung Ausnahmen vorsehen, wenn anzunehmen ist, dass der Zahnarzt in seiner auf ein Gebiet beschränkten Tätigkeit keine ausreichende wirtschaftliche Lebensgrundlage findet.

(3) Die Bezeichnungen nach Absatz 2 Satz 1 bestimmt die Landes-zahnärztekammer in den Fachrichtungen

1. Konservative Zahnheilkunde,
2. Operative Zahnheilkunde,
3. Präventive Zahnheilkunde und

in Verbindungen dieser Fachrichtungen unter den in Art. 28 Abs. 1 genannten Voraussetzungen.

(4) Gebietsbezeichnung ist auch die Bezeichnung „Öffentliches Gesundheitswesen“.

(5) Die Weiterbildung in Gebieten kann auch bei einem ermächtigten niedergelassenen Zahnarzt durchgeführt werden.

Art. 46

(1) Im Übrigen finden auf die Berufsausübung und die Berufsvertretungen der Zahnärzte die Vorschriften des Ersten Teils mit Ausnahme des Art. 18 Abs. 2 sinngemäß Anwendung.

(2) Die berufsaufsichtlichen Verfahren nach Art. 37 bis 39 werden vom Vorstand oder dem hierfür bestellten Ausschuss des zahnärztlichen Bezirksverbands durchgeführt.

Dritter Teil

Tierärzte

Art. 47

Die Berufsvertretung der Tierärzte besteht aus den tierärztlichen Bezirksverbänden und der Landestierärztekammer.

Art. 48

(1) ¹Die tierärztlichen Bezirksverbände sind für den Bereich eines Regierungsbezirks zu bilden; sie umfassen diesen Bereich in seinem jeweiligen Gebietsumfang. ²Sie stehen unter der Aufsicht der Landestierärztekammer und der Regierung. ³Sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. ⁴Sie führen ein Dienstsiegel.

(2) Mitglieder der tierärztlichen Bezirksverbände sind alle zur Berufsausübung berechtigten Tierärzte, die

1. in Bayern tierärztlich tätig sind oder,
2. ohne tierärztlich tätig zu sein, in Bayern ihre Hauptwohnung haben.

Art. 49

(1) Die Landestierärztekammer besteht aus 50 Delegierten der tierärztlichen Bezirksverbände.

(2) Der Vorstand der Landestierärztekammer besteht aus dem ersten vorsitzenden Mitglied, höchstens zwei stellvertretenden vorsitzenden Mitgliedern, den ersten vorsitzenden Vorstandsmitgliedern der tierärztlichen Bezirksverbände sowie höchstens drei aus der Mitte der Delegierten zu wählenden Mitgliedern und einer von der Tierärztlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München zu entsendenden Lehrperson der Tierheilkunde; das erste vorsitzende Mitglied führt die Bezeichnung „Präsident“ oder „Präsidentin“, die stellvertretenden Mitglieder führen die Bezeichnung „Vizepräsident“ oder „Vizepräsidentin“.

(3) Der Landestierärztekammer gehören weiter an diejenigen Mitglieder des Vorstands, die nicht aus der

Zahl der Delegierten gewählt wurden und nicht dem Vorstand gemäß Art. 13 Abs. 3 angehören, ohne Delegierte zu sein.

Art. 50

(1) Für die Weiterbildung der Tierärzte gilt Abschnitt IV des Ersten Teils mit Ausnahme des Art. 35 Abs. 3 entsprechend, soweit sich aus den folgenden Absätzen nichts anderes ergibt.

(2) Die Landestierärztekammer bestimmt Bezeichnungen nach Art. 27 in den Fachrichtungen

1. Theoretische Veterinärmedizin,
2. Tierhaltung und Tiervermehrung,
3. Lebensmittel tierischer Herkunft,
4. Klinische Veterinärmedizin,
5. Methodisch-theoretische Veterinärmedizin,
6. Ökologische Veterinärmedizin und

in Verbindungen dieser Fachrichtungen unter den in Art. 28 Abs. 1 genannten entsprechend anwendbaren Voraussetzungen.

(3) Gebietsbezeichnung ist auch die Bezeichnung „Öffentliches Veterinärwesen“.

(4) ¹Mehrere Gebietsbezeichnungen dürfen auf verwandten Gebieten nebeneinander geführt werden. ²Die Gebietsbezeichnung „Tierärztliche Allgemeinpraxis“ darf nicht neben der Bezeichnung „praktischer Tierarzt“ oder „praktische Tierärztin“ geführt werden. ³Die Bezeichnung „praktischer Tierarzt“ oder „praktische Tierärztin“ darf zusammen mit nicht mehr als zwei Gebietsbezeichnungen geführt werden.

(5) Die Landestierärztekammer kann in der Weiterbildungsordnung von Art. 30 Abs. 4 Satz 1 und Abs. 6 abweichende Bestimmungen treffen sowie im einzelnen Ausnahmen zulassen, wenn es mit den Zielen der Weiterbildung vereinbar ist.

(6) Die Weiterbildung kann teilweise auch bei einem ermächtigten niedergelassenen Tierarzt durchgeführt werden.

(7) Hinsichtlich der Anerkennung für das Gebiet „Öffentliches Veterinärwesen“ gilt Art. 30 Abs. 8 entsprechend.

Art. 51

(1) Im Übrigen finden auf die Berufsausübung und die Berufsvertretungen der Tierärzte die Vorschriften des Ersten Teils mit Ausnahme des Art. 18 Abs. 2 sinngemäß Anwendung.

(2) Die berufsaufsichtlichen Verfahren nach Art. 37 bis 39 werden vom Vorstand oder dem hierfür bestellten Ausschuss des zuständigen tierärztlichen Bezirksverbands durchgeführt.

(3) Im Fall des Art. 4 Abs. 6 Satz 5 tritt an die Stelle des Gesundheitsamts das Veterinäramt.

Vierter Teil

Apotheker

Art. 52

(1) Die Berufsvertretung der Apotheker ist die Landesapothekerkammer.

(2) ¹Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. ²Sie führt ein Dienstsiegel. ³Sie hat ihren Sitz in München.

Art. 53

(1) Mitglieder der Landesapothekerkammer sind alle zur Berufsausübung berechtigten Apotheker, die

1. in Bayern als Apotheker tätig sind oder,
2. ohne als Apotheker tätig zu sein, in Bayern ihre Hauptwohnung haben.

(2) Sie sind verpflichtet, sich bei der Landesapothekerkammer an- und abzumelden.

Art. 54

Organe der Landesapothekerkammer sind die Delegiertenversammlung und der Kammervorstand.

Art. 55

Auf Antrag der Mehrheit der Mitglieder in einem Regierungsbezirk ist von der Landesapothekerkammer eine Bezirksstelle zu errichten.

Art. 56

¹Die Delegiertenversammlung besteht aus 100 Delegierten. ²Diese werden entsprechend dem Verhältnis der Zahl der Mitglieder der Landesapothekerkammer in den Wahlbezirken, die den Regierungsbezirken entsprechen, unter den Mitgliedern in geheimer, schriftlicher Wahl auf die Dauer von vier Jahren gewählt. ³Die Einzelheiten des Verteilungs- und Wahlverfahrens regelt die Landesapothekerkammer in einer Wahlordnung.

Art. 57

Der aus der Mitte der Delegiertenversammlung zu wählende Vorstand der Landesapothekerkammer besteht aus dem ersten vorsitzenden Mitglied, höchstens zwei stellvertretenden vorsitzenden Mitgliedern sowie höchstens sechs weiteren Vorstandsmitgliedern; das erste vorsitzende Mitglied führt die Bezeichnung „Präsident“ oder „Präsidentin“, die stellvertretenden Mitglieder führen die Bezeichnung „Vizepräsident“ oder „Vizepräsidentin“.

Art. 58

(1) Für die Weiterbildung der Apotheker gilt der Abschnitt IV des Ersten Teils mit Ausnahme des Art. 35

Abs. 3 entsprechend, soweit sich aus den folgenden Absätzen nichts anderes ergibt.

(2) Die Landesapothekerkammer bestimmt Bezeichnungen nach Art. 27 in den Fachrichtungen

1. Arzneimittelversorgung,
2. Arzneimittelentwicklung, -produktion und -kontrolle,
3. Theoretische Pharmazie,
4. Ökologie und

in Verbindungen dieser Fachrichtungen unter den in Art. 28 Abs. 1 genannten entsprechend anwendbaren Voraussetzungen.

(3) Gebietsbezeichnung ist auch die Bezeichnung „Öffentliches Gesundheitswesen“.

(4) ¹Mehrere Gebietsbezeichnungen dürfen nach Maßgabe der Weiterbildungsordnung nebeneinander geführt werden. ²Die Landesapothekerkammer kann in der Weiterbildungsordnung Ausnahmen von Art. 34 Abs. 1 zulassen, wenn anzunehmen ist, dass der Apotheker in seiner auf ein Gebiet beschränkten Tätigkeit keine ausreichende wirtschaftliche Lebensgrundlage findet.

(5) ¹Abweichend von Art. 31 Abs. 1 Satz 1 wird die Weiterbildung in Gebieten und Teilgebieten nach der Natur der jeweiligen Fachrichtung unter verantwortlicher Leitung ermächtigter Apotheker in entsprechenden Einrichtungen der wissenschaftlichen Hochschulen und anderen von der Landesapothekerkammer zugelassenen Weiterbildungsstätten (Apotheken, Krankenhausapotheken, Arzneimittelherstellungsbetriebe, pharmazeutische Institute und andere geeignete pharmazeutische Einrichtungen) durchgeführt. ²Art. 31 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 finden keine Anwendung.

(6) Hinsichtlich der Anerkennung für das Gebiet „Öffentliches Gesundheitswesen“ gilt Art. 30 Abs. 8 entsprechend.

Art. 59

(1) Im Übrigen finden auf die Berufsausübung und die Berufsvertretung der Apotheker die Vorschriften des Ersten Teils mit Ausnahme des Art. 18 Abs. 2 sinngemäß Anwendung.

(2) Art. 37 findet entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, dass der Vorstand der Landesapothekerkammer für jeden Regierungsbezirk einen Vermittler bestimmt.

(3) ¹Die Aufgaben im Vollzug der Art. 38 und 39 nimmt der Vorstand der Landesapothekerkammer wahr. ²An die Stelle der Beschwerde tritt der Einspruch, über den ein hierfür bestellter Ausschuss der Landesapothekerkammer entscheidet.

(4) ¹Das Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz wird ermächtigt, der Landesapothekerkammer durch Rechtsverordnung den Vollzug des § 4 Abs. 2 des Gesetzes über den Ladenschluss sowie der §§ 23 und 24 der Verordnung

über den Betrieb von Apotheken zu übertragen. ²In diesem Fall finden Art. 8 Abs. 1 und 2, Art. 109 Abs. 2 und Art. 116 Abs. 1 der Gemeindeordnung entsprechende Anwendung; zuständig ist das Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz.

Fünfter Teil

Psychologische Psychotherapeuten, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten

Art. 60

(1) Es wird eine Berufsvertretung der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten errichtet.

(2) Die Berufsvertretung nach Absatz 1 ist die Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Kammer).

(3) ¹Die Kammer ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. ²Sie führt ein Dienstsiegel.

Art. 61

(1) Mitglieder der Kammer sind alle Berufsangehörigen, die

1. in Bayern den Beruf des Psychologischen Psychotherapeuten (Gruppe 1) oder des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Gruppe 2) ausüben oder
2. ohne einen dieser Berufe auszuüben, in Bayern ihre Hauptwohnung haben.

(2) Sie sind verpflichtet, sich bei der Kammer an- und abzumelden.

Art. 62

Organe der Kammer sind die Delegiertenversammlung und der Vorstand.

Art. 63

(1) ¹Die Delegiertenversammlung besteht aus 45 Delegierten. ²Diese werden entsprechend dem Verhältnis der Zahl der den beiden Gruppen angehörenden Kammermitglieder unter den Mitgliedern in geheimer, schriftlicher Wahl auf die Dauer von mindestens vier Jahren gewählt. ³Jedes Mitglied der Kammer ist nur in einer Gruppe berücksichtigungsfähig, wahlberechtigt und wählbar.

(2) Die Wahlordnung regelt das Nähere über das Verteilungs- und Wahlverfahren.

Art. 64

¹Der aus der Mitte der Delegiertenversammlung zu wählende Vorstand der Kammer besteht aus dem ers-

ten vorsitzenden Mitglied, höchstens zwei stellvertretenden vorsitzenden Mitgliedern sowie höchstens vier weiteren Vorstandsmitgliedern. ²Mindestens ein Mitglied des Vorstands muss ausschließlich der Gruppe 2 angehören; das erste vorsitzende Mitglied führt die Bezeichnung „Präsident“ oder „Präsidentin“, die stellvertretenden Mitglieder führen die Bezeichnung „Vizepräsident“ oder „Vizepräsidentin“.

Art. 65

Im Übrigen finden auf die Berufsausübung und die Berufsvertretung der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten die Vorschriften der Abschnitte I, II und V des Ersten Teils, ausgenommen Art. 18 Abs. 2, sowie die Art. 55 und 59 Abs. 2 und 3 sinngemäß Anwendung.

Sechster Teil

Berufsgerichtsbarkeit

Art. 66

(1) ¹Die Verletzungen von Berufspflichten durch Mitglieder der Berufsvertretungen werden im berufsgerichtlichen Verfahren verfolgt, soweit nicht Art. 38 Abs. 1 zur Anwendung kommt. ²Es können auch Berufspflichtverletzungen verfolgt werden, die Mitglieder während ihrer Zugehörigkeit zu einer vergleichbaren Berufsvertretung im Geltungsbereich der Bundesärzteordnung begangen haben. ³Endet die Mitgliedschaft nach Eröffnung des berufsgerichtlichen Verfahrens, so kann dieses fortgesetzt werden, sofern die Approbation (Bestallung) weiterbesteht.

(2) ¹Die Verfolgung der Verletzung der Berufspflichten verjährt in drei Jahren. ²Für den Beginn, die Unterbrechung und das Ruhen der Verjährung gelten die Vorschriften des Strafgesetzbuchs entsprechend. ³Verstößt die Tat auch gegen ein Strafgesetz, so verjährt die Verfolgung nicht, bevor die Strafverfolgung verjährt. ⁴Stellt die Berufsvertretung den Antrag auf Einleitung eines berufsgerichtlichen Verfahrens nach Art. 39 Abs. 3 zurück, so ruht die Verfolgungsverjährung von der Mitteilung der Zurückstellung an den Beschuldigten bis zum rechtskräftigen Abschluss des anderen Verfahrens.

Art. 67

(1) Im berufsgerichtlichen Verfahren kann erkannt werden auf

1. Verweis,
2. Geldbuße bis fünfzigtausend Euro,
3. Entziehung der Delegierteigenschaft oder der Mitgliedschaft oder eines Amtes in Organen der Berufsvertretung,
4. Entziehung der Wählbarkeit zum Delegierten oder in Organe der Berufsvertretung bis zur Dauer von fünf Jahren,
5. Ausschluss aus der Berufsvertretung, wenn die Mitgliedschaft freiwillig ist.

(2) Die in Absatz 1 Nrn. 2 bis 4 genannten Maßnahmen können nebeneinander verhängt werden.

(3) Hat ein Gericht oder eine Behörde wegen desselben Verhaltens bereits eine Strafe, Geldbuße, Disziplinarmaßnahme oder ein Ordnungsmittel verhängt, so ist von einer Maßnahme nach Absatz 1 Nrn. 1 und 2 abzusehen, es sei denn, dass diese Maßnahme zusätzlich erforderlich ist, um das Mitglied zur Erfüllung seiner Berufspflichten anzuhalten und das Ansehen des Berufsstands zu wahren.

(4) ¹Das Berufsgeschicht kann der zuständigen Landeskammer die Befugnis zusprechen, die Verurteilung auf Kosten des Mitglieds zu veröffentlichen. ²Die Art der Veröffentlichung und die Frist, innerhalb der die Veröffentlichung erfolgen kann, ist in dem Urteil zu bestimmen.

Art. 68

(1) Das berufsgeschichtliche Verfahren wird von den Berufsgeschichten für die Heilberufe (Berufsgeschicht) als erster Instanz und dem Landesberufsgeschicht für die Heilberufe (Landesberufsgeschicht) als Rechtsmittelinstanz durchgeführt.

(2) ¹Das Berufsgeschicht für die Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern und Schwaben wird beim Oberlandesgericht München, das Berufsgeschicht für die Regierungsbezirke Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Oberpfalz beim Oberlandesgericht Nürnberg errichtet. ²Das Landesberufsgeschicht wird beim Bayerischen Obersten Landesgericht errichtet.

Art. 69

(1) ¹Das Berufsgeschicht verhandelt und entscheidet in der Besetzung mit einem Berufsrichter als Vorsitzenden und zwei ehrenamtlichen Richtern, das Landesberufsgeschicht verhandelt und entscheidet in der Besetzung mit einem Berufsrichter als Vorsitzenden, zwei weiteren Berufsrichtern und zwei ehrenamtlichen Richtern. ²Bei Beschlüssen außerhalb der mündlichen Verhandlung wirken die ehrenamtlichen Richter nicht mit; Art. 79 Abs. 2, Art. 83 Abs. 2 Satz 1 und Art. 93 Abs. 2 Satz 1 bleiben unberührt.

(2) Die ehrenamtlichen Richter müssen jeweils Mitglied einer bayerischen Berufsvertretung des Heilberufs sein, dem der Beschuldigte angehört.

(3) Die Aufgaben der Geschäftsstelle werden von der Geschäftsstelle des Gerichts wahrgenommen, bei dem das Berufsgeschicht errichtet ist.

Art. 70

(1) ¹Die Präsidenten der Oberlandesgerichte München und Nürnberg und der Präsident des Bayerischen Obersten Landesgerichts bestellen für die Dauer von fünf Jahren jeweils für das bei ihrem Gericht errichtete Berufsgeschicht und Landesberufsgeschicht die Mitglieder und ihre Vertreter sowie für jedes Berufsgeschicht einen Untersuchungsführer und seinen Vertreter. ²Die Vorsitzenden der Berufsgeschichte und des Landesberufsgeschichts bestimmen vor Beginn jedes Geschäftsjahres, nach welchen Grundsätzen und in welcher Rei-

henfolge die ehrenamtlichen Richter heranzuziehen sind und einander im Verhinderungsfall vertreten.

(2) ¹Die berufsrichterlichen Mitglieder müssen Richter der Gerichte sein, bei denen die Berufsgeschichte errichtet sind; die Untersuchungsführer müssen Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit sein. ²Ihr Amt erlischt, wenn die Voraussetzung des Satzes 1 nachträglich wegfällt.

(3) ¹Die für die Bestellung zuständige Behörde bestimmt nach Anhörung der jeweiligen Landeskammer die Zahl der für jedes Gericht erforderlichen ehrenamtlichen Richter jeder Berufsgruppe. ²Die ehrenamtlichen Richter werden den Vorschlagslisten entnommen, die die Landeskammern für die Berufsgeschichte des ersten und zweiten Rechtszugs bei der für die Bestellung zuständigen Behörde einreichen. ³Die Vorschlagsliste muss mindestens um die Hälfte mehr Mitglieder der Berufsvertretung enthalten als ehrenamtliche Richter zu bestellen sind. ⁴Scheidet ein ehrenamtlicher Richter vor Ablauf der Amtszeit aus, so ist für den Rest seiner Amtszeit ein Nachfolger nur zu bestellen, wenn hierfür ein Bedürfnis besteht.

Art. 71

(1) ¹Die Bestellung zum ehrenamtlichen Richter kann nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden; als solcher gilt insbesondere

1. Vollendung des 65. Lebensjahres,
2. Krankheit oder Gebrechen,
3. andere ehrenamtliche Tätigkeit, wegen der die Übernahme des Amtes nicht zugemutet werden kann,
4. Tätigkeit als ehrenamtlicher Richter in den vorhergehenden fünf Jahren.

²Über die Berechtigung der Ablehnung entscheidet die für die Bestellung zuständige Behörde. ³In den Fällen des Satzes 1 Nrn. 2 und 3 ist die zuständige Landeskammer vorher zu hören.

(2) ¹Zum ehrenamtlichen Richter kann nicht bestellt werden, wer

1. Delegierter ist,
2. dem Vorstand einer Berufsvertretung angehört,
3. in einer Berufsvertretung bei Ahndung von Verstößen gegen Berufspflichten mitwirkt,
4. Bediensteter einer Berufsvertretung ist,
5. einer staatlichen Behörde angehört, der die Aufsicht über eine Berufsvertretung obliegt,
6. die Wählbarkeit zum Delegierten oder in Organe der Berufsvertretung nicht besitzt,
7. wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt worden ist, sofern die Strafe nicht getilgt ist,
8. nach Absatz 4 gehindert ist, das Richteramt auszuüben.

²Werden Gründe, die einer Bestellung entgegenstehen, erst nachträglich bekannt, so ist die Bestellung zu widerrufen.

(3) Das Amt eines ehrenamtlichen Richters erlischt, wenn die Gründe, die nach Absatz 2 Nrn. 1 bis 7 einer Bestellung entgegenstehen, nachträglich eintreten.

(4) Ein ehrenamtlicher Richter kann das Richteramt nicht ausüben,

1. solange seine Approbation, Bestallung oder Erlaubnis zur Berufsausübung ruht,
2. solange gegen ihn ein Berufsverbot besteht,
3. während der Dauer eines gegen ihn eingeleiteten berufsgerichtlichen Verfahrens,
4. während der Dauer eines gegen ihn eingeleiteten förmlichen Disziplinarverfahrens, sofern dieses eine Berufsverfehlung im Sinn dieses Gesetzes betrifft,
5. während der Dauer eines gegen ihn eröffneten Strafverfahrens, sofern das Verfahren ein vorsätzliches Vergehen oder ein Verbrechen zum Gegenstand hat.

(5) ¹Stimmt ein ehrenamtlicher Richter dem Widerruf seiner Bestellung nach Absatz 2 Satz 2 nicht zu oder hält er die Voraussetzungen für das Erlöschen seines Richteramts nach Absatz 3 nicht für gegeben, so entscheidet hierüber der 1. Zivilsenat des Obersten Landesgerichts. ²Der ehrenamtliche Richter ist vor der Entscheidung zu hören. ³Das Verfahren ist gebührenfrei.

Art. 72

¹Die Bestimmungen der Strafprozessordnung (StPO) über die Ablehnung und Ausschließung von Gerichtspersonen gelten sinngemäß. ²Von der Ausübung des Amts des berufsrichterlichen oder ehrenamtlichen Mitglieds eines BerufsgERICHTS ist auch ausgeschlossen, wer mit dem Sachverhalt, der Gegenstand eines berufsgerichtlichen Verfahrens ist, in einem anderen Verfahren, insbesondere als Mitglied eines Organs einer kassenärztlichen oder kassenzahnärztlichen Vereinigung, befasst war oder ist.

Art. 73

Die ehrenamtlichen Richter erhalten Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter in der jeweils geltenden Fassung.

Art. 74

(1) Alle Gerichte und Behörden sowie alle Körperschaften des öffentlichen Rechts haben den BerufsgERICHTEN, dem LandesberufsgERICHT und dem Untersuchungsführer Amts- und Rechtshilfe zu leisten.

(2) Das BerufsgERICHT kann das Amtsgericht um die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen ersuchen.

Art. 75

Die Vereidigung von Zeugen und Sachverständigen ist im berufsgerichtlichen Verfahren nur zulässig, wenn es das Gericht zur Sicherung des Beweises oder wegen der ausschlaggebenden Bedeutung der Aussage oder zur Herbeiführung einer wahren Aussage für erforderlich hält.

Art. 76

¹Der Beschuldigte darf zur Durchführung des berufsgerichtlichen Verfahrens weder vorläufig festgenommen noch verhaftet oder vorgeführt werden. ²Er kann nicht zur Vorbereitung eines Gutachtens über seinen psychischen Zustand in ein psychiatrisches Krankenhaus gebracht werden.

Art. 77

(1) Das berufsgerichtliche Verfahren wird eingeleitet auf Antrag

1. des zuständigen Bezirksverbands oder, sofern selbstständige Untergliederungen nicht bestehen, der zuständigen Landeskammer,
2. der Regierung,
3. eines Mitglieds der Berufsvertretung gegen sich selbst.

(2) ¹Die Antragsteller haben die Tatsachen aufzuführen, auf die sie ihren Antrag stützen. ²Die Berufsvertretung und die Regierung haben in ihren Anträgen außerdem die Beweismittel zu bezeichnen und das Ergebnis der Ermittlungen darzustellen.

(3) ¹Zuständig zur Durchführung des Verfahrens ist das BerufsgERICHT, in dessen Bezirk der Beschuldigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. ²Hält das BerufsgERICHT die Zuständigkeit eines anderen BerufsgERICHTS für gegeben, so verweist es die Sache durch Beschluss an dieses Gericht. ³Hält sich kein BerufsgERICHT für zuständig, so bestimmt das LandesberufsgERICHT das zuständige BerufsgERICHT. ⁴Die bei Einleitung eines berufsgerichtlichen Verfahrens begründete Zuständigkeit des BerufsgERICHTS wird durch eine spätere Veränderung der die Zuständigkeit begründenden Umstände nicht berührt.

(4) Der Beschuldigte kann sich in jeder Lage des Verfahrens eines Mitglieds seiner Berufsvertretung als Beistand oder eines bei einem deutschen Gericht zugelassenen Rechtsanwalts oder eines Rechtslehrers an einer deutschen Hochschule als Verteidiger bedienen.

Art. 78

(1) ¹Der Beschuldigte und sein Verteidiger sind berechtigt, nach Einleitung des berufsgerichtlichen Verfahrens die Akten, die dem BerufsgERICHT vorliegen, einzusehen sowie amtlich verwahrte Beweisstücke zu besichtigen. ²Vor Eröffnung des berufsgerichtlichen Verfahrens kann der Vorsitzende und, solange das Untersuchungsverfahren andauert, auch der Untersuchungsführer die Akteneinsicht versagen, wenn dadurch der Untersuchungszweck gefährdet würde. ³§ 147 Abs. 3

StPO gilt entsprechend. ⁴Nach Eröffnung des berufsgerichtlichen Verfahrens kann das Recht des Beschuldigten auf persönliche Akteneinsicht nur bei Vorliegen schwerwiegender Gründe eingeschränkt oder versagt werden.

(2) ¹Die zuständige Berufsvertretung und die Regierung sind berechtigt, die Akten des berufsgerichtlichen Verfahrens einzusehen. ²Im Übrigen darf Akteneinsicht nur gewährt werden, wenn ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht ist und vorrangige schutzwürdige Belange des Beschuldigten oder eines Dritten nicht entgegenstehen.

(3) Nach Abschluss des berufsgerichtlichen Verfahrens ist Absatz 2 mit der Maßgabe anzuwenden, dass über die Akteneinsicht der Präsident des die Akten verwahrenden Gerichts entscheidet.

Art. 79

(1) ¹Erweist sich der Antrag auf Eröffnung des berufsgerichtlichen Verfahrens als unzulässig oder als offensichtlich unbegründet, so kann das Berufsgeschicht den Antrag durch Beschluss zurückweisen. ²Es kann den Antrag auch zurückweisen, wenn die Durchführung eines Verfahrens wegen der Geringfügigkeit der erhobenen Beschuldigung nicht erforderlich erscheint; hält es die Voraussetzungen für das Verfahren nach Art. 38 für gegeben, so übersendet es nach Ablauf der Frist des Absatzes 2 die Akten der für die Erteilung der Rüge zuständigen Berufsvertretung.

(2) Gegen die Zurückweisung des Antrags nach Absatz 1 kann der Antragsteller innerhalb von zwei Wochen nach der Zustellung die Beschlussfassung des Berufsgeschichts in der Besetzung nach Art. 69 Abs. 1 Satz 1 beantragen.

(3) ¹Wird der Antrag nicht nach Absatz 1 zurückgewiesen oder hat das Berufsgeschicht den Beschluss nach Absatz 1 aufgehoben, so stellt der Vorsitzende den Antrag dem Beschuldigten und den übrigen Antragsberechtigten mit der Aufforderung zu, sich innerhalb eines Monats zu dem Antrag zu äußern. ²Die Antragsberechtigten können dem berufsgerichtlichen Verfahren durch eine schriftliche Erklärung gegenüber dem Berufsgeschicht in jeder Lage des Verfahrens als Antragsteller beitreten. ³Die Beitrittserklärung ist dem Beschuldigten und dem Antragsteller mitzuteilen.

Art. 80

(1) Ergibt sich auf Grund der Äußerungen, dass eine Verletzung der Berufspflichten nicht vorliegt, so gibt das Berufsgeschicht dem Antrag auf Eröffnung eines berufsgerichtlichen Verfahrens keine Folge.

(2) Werden weitere Ermittlungen für erforderlich gehalten, so beauftragt das Gericht den Untersuchungsführer mit der Durchführung eines Untersuchungsverfahrens.

Art. 81

(1) ¹Der Beschuldigte und der Antragsteller sind zu allen Beweiserhebungen zu laden. ²Der Beschuldigte ist in jedem Fall durch den Untersuchungsführer oder durch ein Gericht zu vernehmen.

(2) Der Untersuchungsführer hat zu allen Beweiserhebungen einen Schriftführer beizuziehen und ihn, wenn er nicht Beamter ist, auf diese Amtstätigkeit zu verpflichten.

Art. 82

Liegt nach dem Ergebnis des Untersuchungsverfahrens eine Verletzung der Berufspflichten nicht vor oder ist sie nicht nachzuweisen, so stellt das Berufsgeschicht das Verfahren ein.

Art. 83

(1) Ergeben sich hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass der Beschuldigte seine Berufspflichten verletzt hat, so eröffnet das Berufsgeschicht das berufsgerichtliche Verfahren durch einen Beschluss (Eröffnungsbeschluss), in dem die Verfehlungen anzuführen sind.

(2) ¹Erweist sich die Verletzung der Berufspflichten als geringfügig, so kann das Berufsgeschicht in der Besetzung nach Art. 69 Abs. 1 Satz 1 das Verfahren in jeder Lage durch unanfechtbaren Beschluss einstellen. ²Sind die Voraussetzungen für das Verfahren nach Art. 38 gegeben, so übersendet der Vorsitzende die Akten der zuständigen Berufsvertretung. ³Im Übrigen gelten § 153a Abs. 2 und 3 StPO mit der Maßgabe entsprechend, dass ein auferlegter Geldbetrag zugunsten sozialer Einrichtungen der jeweiligen Landeskammer zu zahlen ist.

(3) Beschlüsse nach Art. 82 und nach den Absätzen 1 und 2 sind den Antragsberechtigten nach Art. 77 Abs. 1 mitzuteilen; dem Beschuldigten und dem Antragsteller sind sie zuzustellen.

Art. 84

(1) Der Termin zur Hauptverhandlung wird von dem Vorsitzenden des Gerichts anberaumt.

(2) Dem Beschuldigten und seinem Verteidiger oder Beistand sowie dem Antragsteller muss die Ladung mindestens zwei Wochen vor der Hauptverhandlung zugestellt werden.

(3) ¹Das Berufsgeschicht kann ohne Eröffnungsbeschluss und ohne Hauptverhandlung durch Beschluss auf Verweis oder Geldbuße erkennen (abgekürztes Verfahren). ²Gegen diesen Beschluss können der Beschuldigte und der Antragsteller binnen zwei Wochen Einspruch erheben. ³Es findet dann die Hauptverhandlung statt.

(4) ¹In der Hauptverhandlung kann sich der Beschuldigte durch einen Verteidiger vertreten lassen. ²Gegen einen Beschuldigten, der nicht erschienen und nicht vertreten ist, kann die Hauptverhandlung durchgeführt werden, wenn er ordnungsgemäß geladen und in der Ladung darauf hingewiesen ist, dass in seiner Abwesenheit verhandelt werden kann.

Art. 85

(1) ¹Das Berufsgeschicht kann unbeschadet seiner Aufklärungspflicht beschließen, dass

1. Niederschriften über die frühere Vernehmung eines Zeugen oder Sachverständigen im berufsgerichtlichen Verfahren oder in einem anderen gesetzlich geordneten Verfahren gegen den Beschuldigten,

2. das schriftliche Gutachten eines Sachverständigen

zu verlesen sind. ²Einem Antrag auf Vernehmung dieses Zeugen oder eines Sachverständigen in der Hauptverhandlung ist zu entsprechen, wenn nicht der Zeuge oder der Sachverständige am Erscheinen verhindert ist oder ihm das Erscheinen wegen großer Entfernung nicht zugemutet werden kann.

(2) ¹Der Beschluss nach Absatz 1 muss das zu verlesende Gutachten oder die zu verlesende Niederschrift bezeichnen. ²Ergeht er vor der Hauptverhandlung, so ist er dem Antragsteller und dem Beschuldigten mit dem Hinweis zuzustellen, dass der Antrag, den Zeugen oder Sachverständigen in der Hauptverhandlung zu vernehmen (Absatz 1 Satz 2), binnen zwei Wochen beim Berufsgerecht zu stellen ist. ³Nach Ablauf dieser Frist braucht das Gericht dem Antrag nur zu entsprechen, wenn der Antragsteller darlegt, dass die Einvernahme der Zeugen oder Sachverständigen in der Hauptverhandlung zur Sachaufklärung erforderlich ist.

Art. 86

(1) ¹Ist gegen den Beschuldigten wegen desselben Sachverhalts ein strafgerichtliches Verfahren anhängig, so kann ein berufsgerichtliches Verfahren zwar eröffnet werden, es ist aber bis zur Beendigung des strafgerichtlichen Verfahrens auszusetzen. ²Gleiches gilt, wenn ein solches Verfahren während des Laufs des berufsgerichtlichen Verfahrens anhängig wird. ³Das berufsgerichtliche Verfahren kann von Amts wegen oder auf Antrag eines Berechtigten fortgesetzt werden, wenn die Sachaufklärung gesichert ist; das gleiche gilt, wenn im strafgerichtlichen Verfahren aus Gründen nicht verhandelt werden kann, die in der Person des Beschuldigten liegen.

(2) Wird der Beschuldigte im strafgerichtlichen Verfahren freigesprochen, so kann wegen des Sachverhalts, der Gegenstand der gerichtlichen Entscheidung war, ein berufsgerichtliches Verfahren nur fortgesetzt werden, wenn dieser Sachverhalt, auch ohne den Tatbestand einer Straf- oder Bußgeldvorschrift zu erfüllen, eine Verletzung der Berufspflichten enthält.

(3) ¹Die tatsächlichen Feststellungen eines rechtskräftigen Urteils im Strafverfahren oder Bußgeldverfahren, auf denen die Entscheidung beruht, sind im berufsgerichtlichen Verfahren, das denselben Sachverhalt zum Gegenstand hat, für das Gericht bindend. ²Das Gericht hat jedoch die nochmalige Prüfung solcher Feststellungen zu beschließen, deren Richtigkeit seine Mitglieder mit Stimmenmehrheit bezweifeln; dies ist in den Urteilsgründen zum Ausdruck zu bringen. ³Die in einem anderen gesetzlich geordneten Verfahren getroffenen tatsächlichen Feststellungen sind nicht bindend, können aber der Entscheidung im berufsgerichtlichen Verfahren mit Einverständnis aller Beteiligten ohne nochmalige Prüfung zugrunde gelegt werden.

(4) ¹Kommt das Berufsgerecht zu der Feststellung, dass die Schwere der Verfehlung einen Entzug der Ap-

probation oder Bestallung erfordert, setzt es das Verfahren aus und legt die Akten unter Darlegung der Gründe der zuständigen Behörde zur Entscheidung über den Entzug vor. ²Wird die Approbation oder Bestallung entzogen, so stellt das Gericht das berufsgerichtliche Verfahren ein. ³Wird der Entzug von der zuständigen Behörde abgelehnt oder erfolgt innerhalb einer angemessenen Frist keine Entscheidung durch die zuständige Behörde, so kann das berufsgerichtliche Verfahren wieder aufgenommen werden.

Art. 87

(1) Wird gegen ein beamtetes Mitglied der Berufsvertretungen, das einer Verletzung der Berufspflichten beschuldigt ist, wegen desselben Sachverhalts ein Disziplinarverfahren eingeleitet, so finden auf das berufsgerichtliche Verfahren Art. 86 Abs. 1 und 3 entsprechende Anwendung.

(2) Nach Beendigung des Disziplinarverfahrens kann das berufsgerichtliche Verfahren fortgesetzt werden, wenn

1. die Verletzung der Berufspflichten nicht als Dienstvergehen mit einer Disziplinarmaßnahme geahndet worden ist,
2. neben der Disziplinarmaßnahme Maßnahmen nach Art. 67 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 zusätzlich erforderlich sind, um das Mitglied zur Erfüllung seiner Berufspflichten anzuhalten und das Ansehen des Berufsstands zu wahren, oder
3. neben der Disziplinarmaßnahme Maßnahmen nach Art. 67 Abs. 1 Nrn. 3 bis 5 in Frage kommen.

Art. 88

(1) Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, sind die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes über Öffentlichkeit, Sitzungspolizei und Gerichtssprache auf das Verfahren vor dem Berufsgerecht und dem Landesberufsgerecht entsprechend anzuwenden.

(2) Die Vorschriften über die ärztliche Schweigepflicht finden Anwendung.

(3) Die Öffentlichkeit kann auch zur Wahrung des Berufsheimnisses für die Hauptverhandlung ganz oder zum Teil ausgeschlossen werden.

Art. 89

(1) Die Hauptverhandlung endet mit der Verkündung des Urteils.

(2) Das Urteil darf nur auf Tatsachen und Beweisergebnisse gestützt werden, die Gegenstand der Hauptverhandlung waren.

(3) Auf die Beratung und Abstimmung finden die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes und des § 263 StPO entsprechende Anwendung.

(4) ¹Das Urteil wird durch Verlesen der Urteilsformel und Mitteilung der wesentlichen Urteilsgründe

verkündet. ²Es ist schriftlich abzufassen und mit Gründen zu versehen. ³Das Urteil ist von dem Vorsitzenden und den Beisitzern zu unterzeichnen und den Antragsberechtigten nach Art. 77 Abs. 1 mitzuteilen; dem Beschuldigten, seinem Verteidiger, seinem Beistand sowie dem Antragsteller ist das Urteil mit Rechtsmittelbelehrung zuzustellen.

Art. 90

(1) Gegen die Urteile der Berufungsgerichte können der Beschuldigte und der Antragsteller Berufung einlegen.

(2) ¹Die Berufung ist innerhalb eines Monats nach Zustellung des Urteils beim Berufungsgericht schriftlich oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle einzulegen. ²Die Berufungsfrist ist auch gewahrt, wenn die Berufung innerhalb der Frist beim Landesberufungsgericht eingeht.

Art. 91

Für das Verfahren vor dem Landesberufungsgericht gelten die Vorschriften über das Verfahren vor dem Berufungsgericht entsprechend, soweit nichts Abweichendes bestimmt ist.

Art. 92

(1) ¹Das Landesberufungsgericht verwirft die Berufung durch einen mit Gründen versehenen Beschluss, wenn sie nicht frist- oder formgerecht eingelegt ist. ²Der Berufungskläger kann innerhalb eines Monats nach Zustellung des Beschlusses mündliche Verhandlung beantragen.

(2) Hat der Beschuldigte die Berufung eingelegt, so ist bei seiner Abwesenheit in der Hauptverhandlung § 329 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 der Strafprozessordnung entsprechend anzuwenden, falls der Beschuldigte ordnungsgemäß geladen und in der Ladung ausdrücklich auf die sich aus seiner Abwesenheit ergebende Rechtsfolge hingewiesen wurde; dies gilt nicht, wenn der Beschuldigte durch öffentliche Zustellung geladen worden ist.

(3) ¹Werden vor dem Landesberufungsgericht neue Beschuldigungen erhoben, so kann darüber nur verhandelt und entschieden werden, wenn der Beschuldigte nach ausdrücklichem Hinweis der Einbeziehung des neuen Sachverhalts zustimmt. ²In diesem Fall ist der Eröffnungsbeschluss durch das Landesberufungsgericht zu ergänzen.

(4) ¹Soweit das Landesberufungsgericht die Berufung für zulässig und begründet hält, hebt es das Urteil des Berufungsgerichts auf und entscheidet in der Sache selbst. ²Das Landesberufungsgericht kann durch Urteil die angefochtene Entscheidung aufheben und die Sache zurückverweisen, wenn das Verfahren erster Instanz an einem wesentlichen verfahrensrechtlichen Mangel leidet.

(5) Das Urteil darf in Art und Höhe der Rechtsfolgen nicht zum Nachteil des Beschuldigten geändert werden, wenn lediglich zugunsten des Beschuldigten Berufung eingelegt wurde.

Art. 93

(1) ¹Gegen alle vom Berufungsgericht im ersten Rechtszug erlassenen Beschlüsse und gegen die Verfügungen des Vorsitzenden ist, soweit sie bei sinngemäßer Anwendung der Strafprozessordnung anfechtbar sind, die Beschwerde zulässig. ²Sie ist binnen zweier Wochen nach Bekanntmachung der Entscheidung beim Berufungsgericht des ersten Rechtszugs einzulegen.

(2) ¹Wird die Beschwerde vom Berufungsgericht in der Besetzung nach Art. 69 Abs. 1 Satz 1 für begründet erachtet, so hilft es ihr ab. ²Andernfalls legt es die Beschwerde binnen einer Woche dem Landesberufungsgericht vor. ³Das Landesberufungsgericht entscheidet durch Beschluss.

Art. 94

¹Ein nach diesem Gesetz durch rechtskräftige Entscheidung beendetes Verfahren kann unter denselben Voraussetzungen wieder aufgenommen werden wie ein Strafverfahren. ²Die Wiederaufnahme kann von dem Beschuldigten oder dem gemäß Art. 77 Abs. 1 Berechtigten beantragt werden.

Art. 95

(1) In jeder Entscheidung, die das Verfahren der Instanz beendet, muss bestimmt werden, wer die Kosten des Verfahrens zu tragen hat.

(2) ¹Für das berufsgerichtliche Verfahren werden Gebühren nur erhoben, wenn auf eine der in Art. 67 genannten Maßnahmen erkannt wird. ²Die Gebühren hat der Beschuldigte zu tragen. ³Sie betragen für jede Instanz mindestens einhundertfünfzig Euro, höchstens zweitausendfünfhundert Euro. ⁴Das Gericht bestimmt in der Entscheidung die Höhe der Gebühren unter Berücksichtigung der Schwierigkeit der Sache sowie der persönlichen Verhältnisse des Beschuldigten nach pflichtgemäßem Ermessen.

(3) Die Auslagen des berufsgerichtlichen Verfahrens können ganz oder teilweise auferlegt werden

1. dem Beschuldigten, wenn auf eine der in Art. 67 genannten Maßnahmen erkannt wurde; sind durch Untersuchungen zur Aufklärung bestimmter belastender oder entlastender Umstände besondere Auslagen entstanden und sind diese Untersuchungen zugunsten des Beschuldigten ausgegangen, so dürfen die besonderen Auslagen insoweit dem Beschuldigten nicht auferlegt werden;
2. dem Antragsteller, soweit er Auslagen durch sein Verhalten herbeigeführt hat.

Art. 96

(1) ¹Die dem Beschuldigten erwachsenen notwendigen Auslagen sind im Fall der Antragstellung nach Art. 38 Abs. 5 Satz 1 oder Art. 77 Abs. 1 Nr. 1 der Berufsvertretung und im Fall der Antragstellung nach Art. 77 Abs. 1 Nr. 2 der Staatskasse aufzuerlegen, wenn der Beschuldigte freigesprochen oder das Verfahren eingestellt wird, nachdem der Beschuldigte aufgefordert worden ist, sich zu dem Antrag auf Eröffnung des berufsge-

richtlichen Verfahrens zu äußern. ²Im Übrigen trägt der Beschuldigte die ihm erwachsenen Auslagen selbst. ³§ 467 Abs. 2 bis 4 StPO finden sinngemäß Anwendung.

(2) ¹Die dem Beschuldigten erwachsenen notwendigen Auslagen können nach Maßgabe des Absatzes 1 Satz 1 ganz oder teilweise der Berufsvertretung oder der Staatskasse auferlegt werden, wenn die zur Last gelegten Verfehlungen nur zum Teil die Grundlage einer gemäß Art. 67 verhängten Maßnahme bilden. ²Satz 1 gilt auch, wenn durch Untersuchungen zur Aufklärung bestimmter belastender oder entlastender Umstände dem Beschuldigten besondere Auslagen erwachsen und diese Untersuchungen zugunsten des Beschuldigten ausgegangen sind.

(3) ¹Wird ein von der Berufsvertretung oder der Regierung eingelegtes Rechtsmittel zurückgenommen oder bleibt es erfolglos, so sind die dem Beschuldigten im Rechtsmittelverfahren erwachsenen notwendigen Auslagen der Berufsvertretung bzw. der Staatskasse aufzuerlegen. ²Bei Rücknahme oder Erfolglosigkeit eines vom Beschuldigten eingelegten Rechtsmittels trägt er die ihm erwachsenen Auslagen selbst.

(4) ¹Hat der Beschuldigte das Rechtsmittel beschränkt und hat es Erfolg, so sind die notwendigen Auslagen des Beschuldigten nach Maßgabe des Absatzes 1 Satz 1 der Berufsvertretung bzw. der Staatskasse aufzuerlegen. ²Im Übrigen findet Absatz 1 Satz 2 Anwendung.

(5) ¹Hat ein Rechtsmittel teilweise Erfolg, so sind die notwendigen Auslagen des Beschuldigten teilweise oder ganz nach Maßgabe des Absatzes 1 Satz 1 der Berufsvertretung bzw. der Staatskasse aufzuerlegen, soweit es unbillig wäre, den Beschuldigten damit zu belasten. ²Im Übrigen findet Absatz 1 Satz 2 Anwendung.

(6) ¹Die notwendigen Auslagen der Berufsvertretung sind im Fall der Antragstellung nach Art. 38 Abs. 5 Satz 1 oder Art. 77 Abs. 1 Nr. 1 dem Beschuldigten aufzuerlegen, wenn

1. das Berufsgeschicht den Beschwerdebescheid nach Art. 38 Abs. 6 Satz 1 bestätigt hat,
2. auf eine der in Art. 67 genannten Maßnahmen erkannt wurde oder
3. ein Fall des Absatzes 3 Satz 2 vorliegt.

²Dies gilt nicht, soweit die notwendigen Auslagen des Beschuldigten nach den vorgenannten Absätzen der Berufsvertretung auferlegt werden.

(7) Zu den notwendigen Auslagen gehören auch

1. die Entschädigung für eine notwendige Zeitversäumnis nach den Vorschriften, die für die Entschädigung von Zeugen gelten,
2. die Gebühren und Auslagen eines Rechtsanwalts, soweit sie nach § 91 Abs. 2 der Zivilprozessordnung zu erstatten wären, sowie die Auslagen eines sonstigen Beistands.

(8) Für die Festsetzung und die Vollstreckung der zu erstattenden notwendigen Auslagen gelten die Vor-

schriften für das Strafverfahren sinngemäß.

Art. 97

(1) Die auf Grund dieses Gesetzes ergangenen Entscheidungen werden vollstreckbar, soweit sie rechtskräftig geworden sind.

(2) ¹Der Verweis gilt mit Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung als erteilt. ²Zum selben Zeitpunkt werden Maßnahmen nach Art. 67 Abs. 1 Nrn. 3 bis 5 wirksam.

(3) Die rechtskräftige Entscheidung ist den Antragsberechtigten nach Art. 77 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 mitzuteilen.

Art. 98

Soweit das Verfahren nicht in diesem Gesetz geregelt ist, finden die Vorschriften der Strafprozessordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes mit Ausnahme derjenigen, welche die Mitwirkung der Staatsanwaltschaft betreffen, sinngemäß Anwendung.

Art. 99

Für die Vollstreckung von Geldbußen und Kosten sind die für das Strafverfahren geltenden Vollstreckungsvorschriften sinngemäß anzuwenden.

Art. 100

(1) ¹Eintragungen in den bei der Berufsvertretung geführten Personalakten über eine Maßnahme nach Art. 67 Abs. 1 sind nach zehn Jahren zu tilgen. ²Die über diese berufsgerichtlichen Maßnahmen entstandenen Vorgänge sind aus den Personalakten zu entfernen und zu vernichten.

(2) Die Frist beginnt mit dem Tag, an dem die berufsgerichtliche Maßnahme unanfechtbar geworden ist.

(3) Die Frist endet nicht, solange gegen den Betreffenden ein Strafverfahren, ein berufsgerichtliches Verfahren oder ein Disziplinarverfahren anhängig ist, eine andere berufsgerichtliche Maßnahme noch nicht zu tilgen ist oder ein auf Geldbuße lautendes berufsgerichtliches Urteil noch nicht vollstreckt ist.

(4) Nach Ablauf der Frist dürfen die Berufspflichtverletzung und die Verurteilung dem Betreffenden im Rechtsverkehr nicht mehr vorgehalten und zu seinem Nachteil verwertet werden.

(5) Die Absätze 1 bis 4 finden bei berufsaufsichtlichen Maßnahmen nach Art. 38 entsprechend Anwendung, wobei die Tilgungsfrist fünf Jahre beträgt.

Art. 101

(1) Die persönlichen und sachlichen Kosten der Berufsgeschichtbarkeit sind dem Freistaat Bayern am Schluss eines jeden Rechnungsjahres von den Landeskammern im Verhältnis der Zahl der Berufsgeschichts-

verfahren, die die Mitglieder der einzelnen Berufsvertretungen betrafen, zu erstatten.

(2) Soweit die Einnahmen des Berufsgeschichts an Kosten und Geldbußen die nach Absatz 1 dem Freistaat Bayern zu erstattenden Kosten übersteigen, sind sie im nächsten Rechnungsjahr in dem in Absatz 1 genannten Verhältnis den Landeskammern zur Verwendung für die bei ihnen bestehenden sozialen Einrichtungen zuzuführen.

(3) Das Staatsministerium der Justiz kann im Benehmen mit dem Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz mit den einzelnen Berufsvertretungen anstelle der in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Einzelberechnung Pauschalersatzungen vereinbaren.

Art. 102

Die für die Bestellung zuständige Behörde führt die Aufsicht über die Berufsgerichte und das Landesberufsgeschicht.

Siebter Teil

Schlussbestimmungen

Art. 103

(1) ¹Art. 53 Abs. 1 findet keine Anwendung auf Apotheker, die am Tag vor In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Änderung des Kammergesetzes und des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst vom 23. Juli 1993 (GVBl S. 511) in Bayern ihre Hauptwohnung hatten, ohne Mitglied der Landesapothekerkammer zu sein. ²Diese Apotheker können jedoch binnen zwei Jahren nach In-Kraft-Treten des Änderungsgesetzes gegenüber der Landesapothekerkammer ihren Beitritt als freiwilliges Mitglied erklären. ³Der Beitritt bedarf der Schriftform und ist unwiderruflich.

(2) Art. 56 und 57 Abs. 1 in der Fassung des Änderungsgesetzes nach Absatz 1 gelten jeweils erstmals für die im Jahr 1994 durchzuführenden Wahlen.

Art. 104

(1) ¹Das Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz bestellt innerhalb von drei Monaten nach In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes und anderer Vorschriften des Landesgesundheitsrechts vom 24. Dezember 2001 (GVBl S. 993) auf Grund von Vorschlägen der Vereinigungen, die die beruflichen Interessen der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten ver-

treten, einen Gründungsausschuss. ²Dieser besteht aus 27 Mitgliedern, von denen vier Personen ausschließlich als Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten zugelassen sind.

(2) ¹Der Gründungsausschuss wählt aus seiner Mitte entsprechend Art. 64 einen vorläufigen Vorstand und beschließt eine vorläufige Wahlordnung. ²Er kann außerdem insbesondere eine vorläufige Satzung, Beitragsordnung und Berufsordnung beschließen.

(3) Satzungsbeschlüsse des Gründungsausschusses bedürfen der Genehmigung des Staatsministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz, der Ausfertigung durch das nach Maßgabe des Art. 14 Abs. 2 zuständige Mitglied des vorläufigen Vorstands und der Bekanntmachung im Bayerischen Staatsanzeiger.

(4) ¹Der vorläufige Vorstand führt insbesondere nach Maßgabe der vorläufigen Wahlordnung die Wahl zur ersten Delegiertenversammlung innerhalb von längstens zwölf Monaten nach Bestellung des Gründungsausschusses durch und beruft unverzüglich nach Durchführung der Wahl die erste Delegiertenversammlung ein. ²Die Amtszeit des vorläufigen Vorstands endet mit der Wahl des von der ersten Delegiertenversammlung gewählten Vorstands.

(5) ¹Die für die Berufszulassung nach dem Psychotherapeutengesetz zuständigen Behörden übermitteln der Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (Kammer) Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Anschrift und Datum der Berufszulassung als Psychologischer Psychotherapeut oder als Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut der Personen, die vor Ablauf von sechs Monaten nach In-Kraft-Treten dieses Gesetzes approbiert oder sonst zur Berufsausübung zugelassen worden sind. ²Die Anmeldeverpflichtung nach Art. 61 Abs. 2 gilt nicht für diese Personen; besondere durch Gesetz oder Satzung begründete Melde-, Anzeige- oder Auskunftspflichten gegenüber der Kammer bleiben unberührt.

Art. 105

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1957 ¹⁾ in Kraft.

¹⁾ Diese Vorschrift betrifft das In-Kraft-Treten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 15. Juli 1957 (GVBl S. 162). Der Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsgesetzen.

930-2-W

**Verordnung
über Ausgleichszahlungen nach
§ 6a Allgemeines Eisenbahngesetz
(Eisenbahnausgleichsverordnung - AEGKostenZustV)**

Vom 19. Februar 2002

Auf Grund von § 6a Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 Satz 1 Allgemeines Eisenbahngesetz (BGBl III 930-1), zuletzt geändert durch Art. 24 des Gesetzes vom 3. Mai 2000 (BGBl I S. 632), erlässt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Als durchschnittlicher verkehrsspezifischer Kostensatz im Sinn von § 6a Abs. 2 Satz 2 Allgemeines Eisenbahngesetz wird festgelegt

- ein Betrag von 0,1631 € pro Personenkilometer für Verkehrsleistungen, die ab dem 1. Januar 1977 und bis zum 31. Dezember 1982 erbracht werden,
- ein Betrag von 0,1948 € pro Personenkilometer für Verkehrsleistungen, die ab dem 1. Januar 1983 und bis zum 31. Dezember 2001 erbracht werden und
- ein Betrag von 0,2163 € pro Personenkilometer für Verkehrsleistungen, die ab dem 1. Januar 2002 erbracht werden.

§ 2

Das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie ist die von der Landesregierung bestimmte Behörde im Sinn von § 6a Abs. 3 Allgemeines Eisenbahngesetz.

§ 3

¹Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2002 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 tritt § 2 mit Wirkung vom 11. Mai 2000 in Kraft. ³Mit Ablauf des 31. Dezember 2001 tritt die Verordnung über Kostensätze für Ausgleichszahlungen nach § 6a des Allgemeines Eisenbahngesetzes (AEGKostenV) vom 25. Oktober 1984 (GVBl S.443, BayRS 930-2-W) außer Kraft.

München, den 19. Februar 2002

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber

2122-5-G

**Verordnung
zur Änderung der
Verordnung über die zuständigen Behörden
zum Vollzug des Rechts der Heilberufe**

Vom 29. Januar 2002

Auf Grund des Art. 17 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a und c des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst vom 12. Juli 1986 (GVBl S. 120, BayRS 2120-1-G), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 24. Dezember 2001 (GVBl S. 993), in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Gesetzes über Zuständigkeiten in der Gesundheit, in der Ernährung und im Verbraucherschutz vom 9. April 2001 (GVBl S. 108) erlässt das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die zuständigen Behörden zum Vollzug des Rechts der Heilberufe (HeilBZustV) vom 17. Dezember 1996 (GVBl S. 549, BayRS 2122-5-G), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. August 1999 (GVBl S. 370), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Nr. 1 und in § 2 Abs. 2 Sätze 1 und 2 werden die Worte „für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit“ jeweils durch die Worte „für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz“ ersetzt.
2. In § 2 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte „für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „für Wissenschaft, Forschung und Kunst“ ersetzt.
3. Dem § 4 Abs. 1 wird folgender Buchstabe l angefügt:
„l) Podologengesetz vom 4. Dezember 2001 (BGBl I S. 3320),“

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 2. Januar 2002 in Kraft.

München, den 29. Januar 2002

**Bayerisches Staatsministerium
für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz**

Eberhard S i n n e r, Staatsminister

2032-3-4-5-UK

**Verordnung
über die Gewährung von Vergütungen
für Professoren und Hochschulassistenten
bei Prüfungen nach der
Lehramtsprüfungsordnung I
(VergV-LPO I)**

Vom 31. Januar 2002

Auf Grund des Art. 15 Satz 3 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. August 2001 (GVBl S. 458, BayRS 2032-1-1-F), geändert durch § 3 des Gesetzes vom 24. Dezember 2001 (GVBl S. 984), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

Erster Abschnitt
Geltungsbereich

§ 1

Diese Verordnung gilt für Professoren und Hochschulassistenten, die bei Prüfungen nach der Ordnung der Ersten Staatsprüfung für ein Lehramt an öffentlichen Schulen (Lehramtsprüfungsordnung I – LPO I) zu Prüfern oder Aufsichtführenden bestellt sind.

Zweiter Abschnitt
Prüfungsvergütungen

§ 2

Bei den staatlichen Zwischenprüfungen in den vertieft studierten Fächern Mathematik, Musik, Physik und Katholische Religionslehre werden folgende Prüfungsvergütungen gewährt:

1. Stellung von Aufgaben für die schriftliche Prüfung
 - a) in den Fächern Mathematik und Physik (mit Musterlösung und Bewertungsschema),
je Vorschlag 201,— €
 - b) in den Fächern Musik und Katholische Religionslehre,
je Vorschlag 18,— €

(Wurde der Aufgabenvorschlag von mehreren Prüfern gemeinsam erstellt, wird die Vergütung an die einzelnen Prüfer entsprechend aufgeteilt.)
2. für Korrektur und Bewertung der schriftlichen Arbeiten für jeden Prüfer
je Arbeit 4,80 €

3. für einen Stichentscheid
je Arbeit 4,80 €
4. für jeden Prüfer bei der mündlichen Prüfung und im Fach Musik bei der praktischen Prüfung,
je Stunde Prüfungszeit 12,— €

§ 3

Bei den sportpraktischen Prüfungen im Rahmen der Didaktik der Grundschule und der Didaktiken einer Fächergruppe der Hauptschule und beim Ersten Prüfungsabschnitt im Fach Sport (nicht vertieft und vertieft studiert) werden folgende Prüfungsvergütungen gewährt:

1. Für jeden Prüfer bei der Prüfung über die Demonstration sportartspezifischer Techniken
 - a) im Rahmen der Didaktik der Grundschule,
je Stunde Prüfungszeit 12,— €
 - b) im Rahmen der Didaktiken einer Fächergruppe der Hauptschule,
je Stunde Prüfungszeit 12,— €
2. für jeden Prüfer im Rahmen des Ersten Prüfungsabschnitts bei der mündlichen und praktischen Prüfung
 - a) im nicht vertieft studierten Fach Sport,
je Stunde Prüfungszeit 12,— €
 - b) im vertieft studierten Fach Sport,
je Stunde Prüfungszeit 12,— €

§ 4

(1) Bei den Ersten Staatsprüfungen in den Erziehungswissenschaften und den nicht vertieft studierten Fächern werden folgende Prüfungsvergütungen gewährt:

1. Stellung von Aufgaben für die schriftliche Prüfung in Erziehungswissenschaften

a) Aufgabe aus dem Bereich der Pädagogik oder aus dem Bereich der Psychologie, je Vorschlag	18,— €	b) je Vorschlag einer geforderten Aufgabengruppe	28,70 €
b) Aufgabe aus dem Bereich der Pädagogik oder aus dem Bereich der Psychologie, die teilweise in Testform gefordert ist, je Vorschlag	51,70 €	c) je Vorschlag einer Aufgabe oder Aufgabengruppe, bei der eine Musterlösung mit Bewertungsschema gefordert ist	201,— €
2. Stellung von Aufgaben für die schriftliche Prüfung in der Fachdidaktik der Unterrichtsfächer		7. Betreuung, Korrektur und Bewertung der schriftlichen Hausarbeiten, je Hausarbeit	
a) je Vorschlag einer Aufgabe	18,— €	a) für den ersten Prüfer	29,— €
b) je Vorschlag einer geforderten Aufgabengruppe	28,70 €	b) für einen zweiten Prüfer	18,— €
3. Stellung von Aufgaben für die schriftliche Prüfung im Fach Deutsch		8. für Korrektur und Bewertung der schriftlichen Arbeiten für jeden Prüfer, je Arbeit	4,80 €
a) Aufsatz aus dem literatur- oder sprachwissenschaftlichen Bereich, je Thema	18,— €	9. für Bewertung der praktischen Arbeiten aus Kunsterziehung im Rahmen der Didaktik der Grundschule und der Didaktiken einer Fächergruppe der Hauptschule, je Arbeit insgesamt	9,60 €
b) literarische Texte für eine Analyse/Interpretation, je Vorschlag	28,70 €	(Dieser Betrag wird gleichmäßig auf die beteiligten Prüfungsausschussmitglieder verteilt.)	
c) Textstellen zur sprachwissenschaftlichen Erläuterung, je Vorschlag	51,70 €	10. für Bewertung der praktischen Arbeiten im Fach Kunsterziehung	
4. Stellung von Aufgaben für die schriftliche Prüfung in den Fremdsprachen		a) bildnerisches Gestalten in der Ebene, je Kandidat insgesamt	9,60 €
a) Aufsatz über einen allgemeinen Gegenstand zur Erprobung der Gewandtheit im schriftlichen Ausdruck, je Thema	6,— €	b) bildnerisches Gestalten im Raum, je Kandidat insgesamt	9,60 €
b) Übersetzungstexte, je Vorschlag	18,— €	c) Arbeiten aus der Studienzeit, je Kandidat insgesamt	9,60 €
c) literarische Texte zur Interpretation, je Vorschlag	28,70 €	d) Erklärendes Zeichnen, je Kandidat insgesamt	9,60 €
d) Fragen zur Sprachwissenschaft, je Vorschlag	18,— €	(Diese Beträge werden gleichmäßig auf die beteiligten Prüfungsausschussmitglieder verteilt.)	
5. Stellung von Aufgaben für die schriftliche Prüfung für die Qualifikation als Beratungslehrkraft (Bearbeitung eines Beratungsfalls), je Vorschlag	51,70 €	e) Technisches Zeichnen, für jeden Prüfer je Arbeit	4,80 €
6. Stellung von Aufgaben für die schriftliche und praktische Prüfung in den anderen Fächern,		11. für einen Stichentscheid, je Arbeit	4,80 €
a) je Vorschlag einer Aufgabe	18,— €	12. für jeden Prüfer bei der mündlichen Prüfung und in Musik bei der praktischen Prüfung, je Stunde Prüfungszeit	12,— €
		(2) Wurde der Aufgabenvorschlag von mehreren Prüfern gemeinsam erstellt, wird in den Fällen des Absatzes 1 Nrn. 1 bis 6 die Vergütung an die einzelnen Prüfer entsprechend aufgeteilt.	

§ 5			
(1) Bei den Ersten Staatsprüfungen in den vertieft studierten Fächern werden folgende Prüfungsvergütungen gewährt:			
1.	Stellung von Aufgaben für die schriftliche Prüfung in den Fächern Biologie und Chemie, je Vorschlag einer Aufgabengruppe	47,— €	
2.	Stellung von Aufgaben für die schriftliche Prüfung im Fach Deutsch		
a)	Aufsatz aus dem literatur- oder sprachwissenschaftlichen Bereich, je Thema	18,— €	
b)	literarische Texte für eine Analyse/Interpretation, je Vorschlag	47,— €	
c)	Textstellen zur Übertragung und sprachwissenschaftlichen Erläuterung, je Vorschlag	70,60 €	
3.	Stellung von Aufgaben für die schriftliche Prüfung in den modernen Fremdsprachen		
a)	Aufsatz über einen allgemeinen Gegenstand zur Erprobung der Gewandtheit im schriftlichen Ausdruck, je Thema	6,— €	
b)	Übersetzungstexte, je Vorschlag	28,70 €	
c)	Aufsatz aus dem literatur- oder sprachwissenschaftlichen Bereich, je Thema	18,— €	
d)	literarische Texte zur Interpretation bzw. Texte der Gegenwartssprache zur sprachwissenschaftlichen Erläuterung, je Vorschlag	47,— €	
e)	Textstellen aus älteren Sprachstufen zur Übersetzung und sprachwissenschaftlichen Erläuterung, je Vorschlag	70,60 €	
4.	Stellung von Aufgaben für die schriftliche Prüfung in den Fächern Griechisch und Latein		
a)	Übersetzungstexte, je Vorschlag	28,70 €	
b)	altsprachliche Texte zur Übersetzung mit sprachlichen Erläuterungen, je Vorschlag	47,— €	
c)	altsprachliche Texte (mit Übersetzung) zur Interpretation nach Leitfragen, je Vorschlag	47,— €	
5.	Stellung von Aufgaben für die schriftliche Prüfung in den beruflichen Fachrichtungen		
a)	Thema für eine Aufgabe, je Vorschlag	18,— €	
b)	Aufgabe mit mehreren Einzelthemen, je Vorschlag	47,— €	
c)	Aufgabe mit detaillierten Vorgaben für Teilaufgaben, in denen mathematische oder konstruktive Problemlösungen verlangt werden, je Vorschlag	108,— €	
d)	Aufgabe gemäß Buchstabe c, bei der eine Musterlösung mit Bewertungsschema gefordert ist, je Vorschlag	235,— €	
6.	Stellung von Aufgaben für die schriftliche Prüfung im Fach Psychologie mit schulppsychologischem Schwerpunkt		
a)	Aufgabe aus der psychologischen Diagnostik einschließlich Bereitstellung von Datenmaterial, je Vorschlag	70,60 €	
b)	Aufgabe aus der Pädagogischen oder Klinischen Psychologie, je Vorschlag	18,— €	
7.	Stellung von Aufgaben für die schriftliche und praktische Prüfung in den anderen Fächern		
a)	je Vorschlag einer Aufgabe	18,— €	
b)	je Vorschlag einer geforderten Aufgabengruppe	47,— €	
c)	je Vorschlag einer Aufgabe oder Aufgabengruppe, bei der eine Musterlösung mit Bewertungsschema gefordert ist	235,— €	
8.	Betreuung, Korrektur und Bewertung der schriftlichen Hausarbeit, je Hausarbeit		
a)	für den ersten Prüfer	49,— €	
b)	für den zweiten Prüfer	38,— €	
9.	für Korrektur und Bewertung der schriftlichen Arbeiten, für jeden Prüfer je Arbeit	6,— €	

10. für Bewertung der praktischen Arbeiten im Fach Kunst-
erziehung
- a) Freie Komposition, Menschliche Ge-
stalt, Tiere und Pflanzen, Umsetzung
der dreidimensionalen Wirklichkeit in
die Fläche und Arbeiten aus der Stu-
dienzeit,
je Kandidat insgesamt 60,— €
(Dieser Betrag wird gleichmäßig auf die betei-
ligten Prüfungsausschussmitglieder verteilt.)
- b) Erklärendes Zeichnen,
je Kandidat insgesamt 12,— €
(Dieser Betrag wird gleichmäßig auf die betei-
ligten Prüfungsausschussmitglieder verteilt.)
- c) Schriftgestaltung, für jeden Prüfer,
je Kandidat insgesamt 12,— €
(Dieser Betrag wird gleichmäßig auf die betei-
ligten Prüfungsausschussmitglieder verteilt.)
11. für einen Stichtscheid,
je Arbeit 6,— €
12. für jeden Prüfer bei der mündlichen Prüfung und
im Fach Musik bei der praktischen Prüfung,
je Stunde Prüfungszeit 15,60 €

(2) Wurde der Aufgabenvorschlag von mehreren
Prüfern gemeinsam erstellt, wird in den Fällen des Ab-
satzes 1 Nrn. 1 bis 7 die Vergütung an die einzelnen Prü-
fer entsprechend aufgeteilt.

Dritter Abschnitt

Sonstige Vergütungen

§ 6

Bei den Prüfungen nach der Lehramtsprüfungsord-
nung I werden folgende sonstige Vergütungen gewährt:

1. Vergütungen für die Mitglieder der Prüfungshaupt-
ausschüsse
 - für das Lehramt an Grundschulen
 - für das Lehramt an Hauptschulen
 - für das Lehramt an Realschulen
 - für das Lehramt an Gymnasien
 - für das Lehramt an beruflichen Schulen
 - für das Lehramt an Sonderschulen
 - für gemeinsame Angelegenheiten mehrerer
Lehrämter (A)

- Grundbetrag
- je Prüfungstermin 112,— €
- Erhöhungsbetrag pro 100 Teilnehmer
- je Prüfungstermin 18,— €
2. Vergütungen für örtliche Prüfungsleiter
- je Prüfungsteilnehmer bei der Ersten
Staatsprüfung (Abschlusskandidaten) 1,80 €
- je Prüfungsteilnehmer bei den Zwi-
schenprüfungen nach § 2 1,20 €
- Diese Vergütungen entfallen, falls für örtliche Prü-
fungsleiter eine Ermäßigung der Regellehrverpflich-
tung gewährt wird.
3. Vergütung für Aufsichtführende
- Aufsichtführenden bei staatlichen Lehr-
amtsprüfungen wird eine Vergütung von 4,10 €
je angefangene Stunde Aufsichtstätigkeit
gewährt.
- Der Anspruch auf Reisekostenvergütung bleibt un-
berührt.

Vierter Abschnitt

In-Kraft-Treten, Aufhebung von Vorschriften

§ 7

¹Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August
2001 in Kraft; die §§ 2, 3, 4, 5 und 6 Nrn. 1 und 2 werden
erstmalig angewandt für Prüfungsvergütungen, Vergü-
tungen für die Mitglieder der Prüfungshauptausschüs-
se und Vergütungen für örtliche Prüfungsleiter im
Rahmen der Ersten Staatsprüfung im Herbst 2001; § 6
Nr. 3 wird erstmalig angewandt für Vergütungen für
Aufsichtführende im Rahmen der Ersten Staatsprü-
fung im Frühjahr 2002. ²Mit Ablauf des 31. Juli 2001
tritt die Verordnung über die Gewährung von Vergü-
tungen für Professoren und Hochschulassistenten bei
Prüfungen nach der Lehramtsprüfungsordnung I
(VergV-LPO I) vom 22. September 1993 (GVBl S. 762,
BayRS 2032-3-4-5-UK) außer Kraft; sie wird jedoch
noch angewandt für Prüfungsvergütungen, Vergütun-
gen für die Mitglieder der Prüfungshauptausschüsse
und Vergütungen für örtliche Prüfungsleiter im Rah-
men der Ersten Staatsprüfung bis einschließlich Prü-
fungstermin Frühjahr 2001 und für Vergütungen für
Aufsichtführende im Rahmen der Ersten Staatsprü-
fung bis einschließlich Prüfungstermin Herbst 2001.

München, den 31. Januar 2002

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

Monika Hohlmeyer, Staatsministerin

2210-2-10-2-WFK

Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Gliederung der Universitäten

Vom 1. Februar 2002

Auf Grund von Art. 19 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit Art. 135 Abs. 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1998 (GVBl S. 740, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 24. Dezember 2001 (GVBl S. 991), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung zur Gliederung der Universitäten vom 18. September 1990 (GVBl S. 440, BayRS 2210-2-10-2-WFK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. Mai 2001 (GVBl S. 276), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 2 werden die Worte „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät“ durch die Worte „Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät“ ersetzt.
- b) In Nummer 4 werden die Worte „Philosophische Fakultät I“ durch die Worte „Philosophisch-Sozialwissenschaftliche Fakultät“ und

die Worte „Philosophische Fakultät II“ durch die Worte „Philologisch-Historische Fakultät“ ersetzt.

2. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 9 wird das Wort „Statistik“ durch das Wort „Religionswissenschaft“ ersetzt.
- b) Nummer 14 erhält folgende Fassung:

„14. Fakultät für Mathematik, Informatik und Statistik.“

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2001 in Kraft.

München, den 1. Februar 2002

**Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

Hans Z e h e t m a i r, Staatsminister

2126-2-1-G

**Verordnung
zur Verhütung transmissibler
spongiformer Enzephalopathien
durch selbst hergestellte Arzneimittel
(TSE-Verhütungs-Verordnung)**

Vom 7. Februar 2002

Auf Grund von § 17 Abs. 4 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBl I S. 1045) in Verbindung mit § 6 der Verordnung zur Ausführung des Infektionsschutzgesetzes (AVIfSG) vom 15. Januar 2001 (GVBl S. 30, BayRS 2122-3-A) und Art. 1 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über Zuständigkeiten in der Gesundheit, in der Ernährung und im Verbraucherschutz vom 9. April 2001 (GVBl S. 108, BayRS 1102-10-S) erlässt das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz folgende Verordnung:

§ 1

Anwendungsbereich

(1) Diese Verordnung gilt zur Verhütung transmissibler spongiformer Enzephalopathien für das Herstellen oder Anwenden von Arzneimitteln aus tierischem Ausgangsmaterial oder Arzneimitteln, die tierisches Ausgangsmaterial enthalten, im Rahmen der Ausübung der Heilkunde oder Zahnheilkunde.

(2) Diese Verordnung gilt nicht für Arzneimittel, die zum Zwecke des Inverkehrbringens hergestellt werden.

§ 2

Begriffsbestimmungen

(1) Arzneimittel sind Stoffe und Zubereitungen aus Stoffen, die dazu bestimmt sind, durch Anwendung am oder im menschlichen Körper

1. Krankheiten, Leiden, Körperschäden oder krankhafte Beschwerden zu heilen, zu lindern, zu verhüten oder zu erkennen,
2. die Beschaffenheit, den Zustand oder die Funktionen des Körpers oder seelische Zustände erkennen zu lassen,
3. vom menschlichen Körper erzeugte Wirkstoffe oder Körperflüssigkeiten zu ersetzen,
4. Krankheitserreger, Parasiten oder körperfremde Stoffe abzuwehren, zu beseitigen oder unschädlich zu machen oder
5. die Beschaffenheit, den Zustand oder die Funktionen des Körpers oder seelische Zustände zu beeinflussen.

(2) Stoffe im Sinn dieser Verordnung sind

1. chemische Elemente und chemische Verbindungen sowie deren natürlich vorkommende Gemische und Lösungen,
2. Tierkörper, auch lebender Tiere, sowie Körperteile, Körperbestandteile und Stoffwechselprodukte vom Tier in bearbeitetem oder unbearbeitetem Zustand.

(3) Herstellen ist das Gewinnen, das Anfertigen, das Zubereiten, das Bearbeiten oder Verarbeiten, das Umfüllen einschließlich Abfüllen, das Abpacken und das Kennzeichnen.

(4) ¹Inverkehrbringen ist das Vorrätighalten zum Verkauf oder zu sonstiger Abgabe, das Feilhalten, das Feilbieten und die Abgabe an andere. ²Eine Abgabe liegt bei einem Wechsel der Verfügungsgewalt vor.

(5) Anwenden ist der Gebrauch eines Arzneimittels durch Aufbringen auf oder Einbringen in den menschlichen Körper, ohne dass das Arzneimittel an andere abgegeben wird.

(6) ¹Schwerwiegende Nebenwirkungen sind alle schädlichen und unbeabsichtigten Reaktionen auf ein Arzneimittel, die unabhängig von der Dosierung tödlich oder lebensbedrohlich sind, eine ständige Behandlung oder deren Verlängerung erforderlich machen oder zu einer bleibenden oder schwerwiegenden Behinderung oder Invalidität führen. ²Als schwerwiegende Nebenwirkung gilt insbesondere der Verdacht auf Vorliegen einer Infektionskrankheit.

(7) Qualitätskontrolle umfasst alle Maßnahmen, die dazu bestimmt sind, die Einheitlichkeit der Arzneimittelchargen und deren Übereinstimmung mit den festgelegten Spezifikationen in Bezug auf Identität, Gehalt, Reinheit und andere Eigenschaften zu gewährleisten.

§ 3

Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe
oder Zubereitungen aus Stoffen

¹Es ist verboten, bei der Herstellung von Arzneimitteln im Rahmen der Ausübung der Heilkunde oder Zahnheilkunde Ausgangsmaterial zu verwenden, das in § 1 Abs. 1 und 2 der Arzneimittel-TSE-Verordnung vom 9. Mai 2001 (BGBl I S. 856) in der jeweils geltenden Fassung aufgeführt ist. ²§ 1 Abs. 3 und 5 der Arzneimittel-TSE-Verordnung finden entsprechende Anwendung.

§ 4

Verbot der Anwendung
selbst hergestellter Arzneimittel

Es ist verboten, bei anderen selbst hergestellte Arzneimittel anzuwenden, die

1. entgegen § 3 hergestellt wurden oder
2. nicht die jeweils geltenden Sicherheitsanforderungen erfüllen, die das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte für Arzneimittel zur Vermeidung des Risikos einer Übertragung des Erregers der transmissiblen spongiformen Enzephalopathie aufgestellt und im Bundesanzeiger bekannt gemacht hat.

§ 5

Anzeigepflicht

¹Personen, die Arzneimittel im Sinn des § 1 zur Anwendung bei anderen selbst herstellen, ohne sie in den Verkehr zu bringen, haben dies der zuständigen Behörde vor Aufnahme der Herstellung anzuzeigen. ²In der Anzeige sind die Art der Tätigkeit, die arzneilich wirksamen Bestandteile sowie Hilfsstoffe, die aus tierischem Ausgangsmaterial gewonnen wurden, nach Art und Menge anzugeben. ³Der zuständigen Behörde sind auf Verlangen nähere Auskünfte über die Ausgangsstoffe und das Herstellungsverfahren zu erteilen.

§ 6

Dokumentation

(1) ¹Die Herstellung und Qualitätskontrolle der Arzneimittel sind zu dokumentieren. ²Alle Aufzeichnungen über die Herstellung und Qualitätskontrolle der Arzneimittel sind vollständig und mindestens 20 Jahre aufzubewahren. ³Die Aufzeichnungen müssen klar und deutlich, fehlerfrei und auf dem neuesten Stand sein. ⁴Der ursprüngliche Inhalt einer Eintragung darf weder mittels Durchstreichen noch auf andere Weise unleserlich gemacht werden.

(2) ¹Werden die Aufzeichnungen mit elektronischen, photographischen oder anderen Datenverarbeitungssystemen gemacht, muss sichergestellt sein, dass die Daten während der Dauer der Aufbewahrungsfrist verfügbar sind und innerhalb einer angemessenen Frist lesbar gemacht werden können. ²Die gespeicherten Daten müssen gegen Verlust, Beschädigung und Manipulation geschützt werden.

§ 7

Unterrichtungspflichten

(1) ¹Die Person, die selbst hergestellte Arzneimittel anwendet, hat die zuständige Behörde unverzüglich, spätestens aber innerhalb von 15 Tagen nach Bekanntwerden, über schwerwiegende Nebenwirkungen zu unterrichten, die bei einer Heilbehandlung mit den

Arzneimitteln aufgetreten sind. ²Die Unterrichtung muss alle notwendigen Angaben, insbesondere die Bezeichnung des Produktes sowie des verwendeten Ausgangsmaterials und die Art der Nebenwirkung, enthalten. ³Von der Person, bei der die schwerwiegenden Nebenwirkungen aufgetreten sind, ist nur das Geburtsdatum und das Geschlecht anzugeben. ⁴Auf Verlangen sind der zuständigen Behörde die gemäß § 6 erstellten Dokumentationsunterlagen vorzulegen.

(2) Sonstige öffentlich-rechtliche Mitteilungspflichten bleiben unberührt

§ 8

Ordnungswidrigkeiten

(1) Nach § 73 Abs. 1 Nr. 4 des Infektionsschutzgesetzes kann mit Geldbuße bis zu fünfundzwanzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine gemäß § 5 Satz 3 verlangte Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt.

(2) Nach § 73 Abs. 1 Nr. 5 des Infektionsschutzgesetzes kann mit Geldbuße bis zu fünfundzwanzigtausend Euro belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig die gemäß § 7 Abs. 1 Satz 4 geforderten Unterlagen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt.

§ 9

Zuständigkeit

¹Gemäß § 1 AVifSG sind die Kreisverwaltungsbehörden für den Vollzug dieser Verordnung zuständig. ²Dabei wirken die Regierungen mit.

§ 10

Übergangsvorschrift

Personen, die bei In-Kraft-Treten dieser Verordnung Arzneimittel im Sinn des § 1 zur Anwendung bei anderen selbst herstellen, ohne sie in den Verkehr zu bringen, haben dieses spätestens einen Monat nach In-Kraft-Treten dieser Verordnung der zuständigen Behörde anzuzeigen.

§ 11

In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am 1. März 2002 in Kraft.

München, den 7. Februar 2002

**Bayerisches Staatsministerium
für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz**

Eberhard Sinner, Staatsminister

2035-46-I

**Verordnung
zur Erleichterung der
Personalvertretung in der
Kreis- und Stadtparkasse Erding-Dorfen**

Vom 13. Februar 2002

Auf Grund des Art. 91 des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (BayPVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. November 1986 (GVBl S. 349, BayRS 2035-1-F), zuletzt geändert durch § 5 des Gesetzes vom 24. Juli 1998 (GVBl S. 443), erlässt das Bayerische Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die Amtszeit der bisherigen Personalräte der Kreis- und Stadtparkasse Dorfen wird bis zum Ende der regelmäßigen Amtszeit am 31. Juli 2002 verlängert.

§ 2

Die Geschäfte der Personalvertretung in der umgebildeten Kreis- und Stadtparkasse Erding-Dorfen werden durch die bisherigen Personalräte der Kreis- und Stadtparkasse Dorfen und der Kreis- und Stadtparkasse Erding bis zum Ende der regelmäßigen Amtszeit am 31. Juli 2002 gemeinsam wahrgenommen.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2002 in Kraft und mit Ablauf des 31. Juli 2002 außer Kraft.

München, den 13. Februar 2002

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Dr. Günther Beckstein, Staatsminister

2210-8-5-WFK

**Dritte Verordnung
zur Änderung der
Verordnung über die befristete Immatrikulation
und das Weiterstudium von Studenten
an Hochschulen mit Teilstudiengängen**

Vom 18. Februar 2002

Auf Grund des Art. 63 Abs. 5 des Bayerischen Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1998 (GVBl S. 740, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 24. Dezember 2001 (GVBl S. 991), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die befristete Immatrikulation und das Weiterstudium von Studenten an Hochschulen mit Teilstudiengängen vom 4. November 1993 (GVBl S. 849, BayRS 2210-8-5-WFK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. August 1999 (GVBl S. 412), wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Zahl „6“ durch die Zahl „8“ ersetzt.

bb) Sätze 2 bis 6 erhalten folgende Fassung:

„²Die Studenten der Universität Regensburg sind vorrangig an diese Universität zu verteilen. ³Sofern die Aufnahmekapazität der Hochschule unter Berücksichtigung der Verpflichtung der Hochschulen nach § 2 Abs. 1 und 2 nicht ausreicht, sind die Studenten der Universität Regensburg nachrangig an die übrigen Hochschulen mit klinischer Ausbildungsstätte zu verteilen. ⁴Die Technische Universität München übernimmt auf Antrag vorrangig diejenigen Studenten in den klinischen Studienabschnitt, die bei ihr bis zum Sommersemester 2000 in einem Fachsemester des vorklinischen Studienabschnitts immatrikuliert waren. ⁵Ansonsten werden die im vorklinischen Studienabschnitt an der

Universität München immatrikulierten Studenten an diese Universität und an die Technische Universität München entsprechend der im Übernahmeantrag genannten Hochschule verteilt. ⁶Wird dabei die Aufnahmekapazität einer der beiden Hochschulen überschritten, entscheidet das Los über die Verteilung an diese Hochschule.“

cc) Die bisherigen Sätze 5 und 6 werden Sätze 7 und 8.

dd) Im neuen Satz 8 wird nach dem Wort „Satz“ die Zahl „5“ durch die Zahl „7“ ersetzt.

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „Satz 4 und“ gestrichen und die Zahl „5“ durch die Zahl „7“ ersetzt.

bb) In Satz 3 wird jeweils die Zahl „5“ durch „7“ ersetzt.

2. In § 4 Abs. 1 Satz 3 werden die Worte „4 und“ gestrichen und die Zahl „5“ durch die Zahl „7“ ersetzt.

§ 2

¹Diese Verordnung tritt am 1. März 2002 in Kraft. ²Sie gilt erstmals für das Übernahmeverfahren zum Sommersemester 2002.

München, den 18. Februar 2002

**Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

Hans Z e h e t m a i r, Staatsminister

2038-3-2-14-I

**Verordnung
zur Änderung der
Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung
für die Laufbahn des mittleren
technischen Überwachungsdienstes
zum Schutz der Verbraucher**

Vom 19. Februar 2002

Auf Grund von Art. 19 Abs. 2, Art. 28 Abs. 2 und Art. 115 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 des Bayerischen Beamtenengesetzes erlassen die Bayerischen Staatsministerien des Innern und für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und dem Landespersonalausschuss folgende Verordnung:

§ 1

Die Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des mittleren technischen Überwachungsdienstes zum Schutz der Verbraucher (ZAPO/ÜV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 1990 (GVBl S. 58, BayRS 2038-3-2-14-I) wird wie folgt geändert:

1. In der Einleitungsformel werden die Worte „erlässt das Bayerische Staatsministerium des Innern“ durch die Worte „erlassen die Bayerischen Staatsministerien des Innern und für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz“ ersetzt.
2. In § 1 Satz 1 werden die Worte „Landesuntersuchungsämtern für das Gesundheitswesen und“ durch die Worte „beim Landesamt für das Gesundheitswesen und für Lebensmittelsicherheit und bei den“ ersetzt.
3. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 wird das Wort „dreißigste“ durch das Wort „vierunddreißigste“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 3 wird das Wort „Lebensmittelhandwerk“ durch das Wort „Lebensmittelberuf“ ersetzt.
 - cc) Nummer 4 erhält folgende Fassung:

„4. sich in den zwei Jahren der Ausbildung für den Überwachungsdienst im Angestelltenverhältnis (§ 3) in der praktischen Ausbildung bewährt und an den fachtheoretischen Veranstaltungen (§ 5) teilgenommen hat.“
 - dd) Nummer 5 wird aufgehoben, die bisherige Nummer 6 wird Nummer 5.
 - b) Absatz 2 wird aufgehoben, die Absatzbezeichnung im bisherigen Absatz 1 entfällt.

4. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 4 wird das Wort „vier“ durch das Wort „zwei“ ersetzt.
- bb) In den Sätzen 3 und 4 werden jeweils die Worte „bei den Untersuchungsämtern für das Gesundheitswesen“ durch die Worte „beim Landesamt für das Gesundheitswesen und für Lebensmittelsicherheit“ ersetzt.
- cc) Es wird folgender Satz 5 angefügt:

„⁵Die Angestellten sollen ein einmonatiges Praktikum in einem größeren Betrieb der Lebensmittelwirtschaft ableisten.“

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„1. Allgemeine Rechtskunde, Allgemeines Verwaltungsrecht, Grundzüge des Gemeinschaftsrechts, Verwaltungstechnik einschließlich der automatisierten Datenverarbeitung und Kommunikationstechnik,“

bb) In Nummer 5 wird nach dem Komma das Wort „Sensorik,“ angefügt.

cc) In Nummer 10 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt; es werden folgende Nummern 11 bis 13 angefügt:

„11. Fleisch- und Geflügelfleischhygiene-recht,

12. Betriebliche Eigenkontrollsysteme,

13. Einführung in die psychologischen Grundlagen der Überwachungstätigkeit, insbesondere in Kommunikations- und Konfliktlösungstechniken.“

5. In § 4 wird „Abs. 1“ gestrichen.

6. § 5 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Sie besteht aus einer vierwöchigen Einweisung bei der Bayerischen Verwaltungsschule, einem dienstbegleitenden Unterricht während der zweimonatigen Ausbildung beim Landesamt für das Gesundheitswesen und für Lebensmittelsicherheit und aus

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag
Karl-Schmid-Straße 13, 81829 München
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, B 1612

einer viermonatigen Vorbereitung auf die Anstellungsprüfung für den mittleren technischen Überwachungsdienst zum Schutz der Verbraucher bei den Akademien für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz.“

7. In § 6 Abs. 1 werden die Worte „von der Akademie für das öffentliche Gesundheitswesen im Staatsministerium des Innern, die zugleich Prüfungsamt ist,“ durch die Worte „von den Akademien für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz, die zugleich Prüfungsamt sind,“ ersetzt.
8. In § 7 Abs. 1 wird „§ 2 Abs. 1 Nrn. 1 bis 5“ durch „§ 2 Nrn. 1 bis 4“ ersetzt.
9. § 8 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden die Worte „Die Akademie für das öffentliche Gesundheitswesen im Staatsministerium des Innern bestellt“ durch die Worte „Die Akademien für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz bestellen“ ersetzt.
- b) In Absatz 4 Satz 5 werden die Worte „der Akademie für das öffentliche Gesundheitswesen im Staatsministerium des Innern“ durch die Worte „der Akademien für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz“ ersetzt.
- c) In Absatz 2 Satz 4 und in § 13 Satz 3 werden jeweils nach dem Wort „mittleren“ die Worte „oder gehobenen“ eingefügt.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. März 2002 in Kraft.

(2) Bewerber, deren Ausbildung vor dem 1. März 2002 begonnen hat, werden nach den bei Ausbildungsbeginn maßgebenden Vorschriften weiter ausgebildet und geprüft.

(3) Das Staatsministerium des Innern wird die Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren technischen Überwachungsdienst zum Schutz der Verbraucher neu bekannt machen und Unstimmigkeiten des Wortlauts beseitigen.

München, den 19. Februar 2002

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Dr. Günther Beckstein, Staatsminister

**Bayerisches Staatsministerium
für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz**

Eberhard Sinner, Staatsminister

Herausgeber/Redaktion: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird nach Bedarf ausgegeben, in der Regel zweimal im Monat.

Die Herstellung erfolgt aus **100 % Altpapier**.

Herstellung und Vertrieb: Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag, Karl-Schmid-Straße 13, 81829 München, Tel. 0 89 / 42 92 01 / 02, Telefax 0 89 / 42 84 88.

Bezug: Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird im Namen und für Rechnung des Herausgebers von der Max Schick GmbH ausgeliefert. Bestellungen sind ausschließlich an die Max Schick GmbH zu richten. Ausgaben, die älter sind als 5 Jahre, sind im Einzelverkauf nicht erhältlich. Abbestellungen müssen bis spätestens 31. Oktober eines Jahres mit Wirkung vom Beginn des folgenden Kalenderjahres bei der Max Schick GmbH eingehen. Reklamationen wegen fehlerhafter oder nicht erhaltener Exemplare müssen spätestens 1 Monat nach deren Erscheinungsdatum schriftlich oder per Telefax beim Verlag eingehen. Nach dieser Frist ist eine gebührenfreie Ersatzlieferung nicht mehr möglich.

Bezugspreis für den laufenden Bezug jährlich € 33,25 (unterliegt nicht der gesetzlichen Mehrwertsteuer) zzgl. Vertriebskosten, für Einzelnummern bis 8 Seiten € 2,05, für weitere 4 angefangene Seiten € 0,25, ab 48 Seiten Umfang für je weitere 8 angefangene Seiten € 0,25 + Vertriebskosten + Mehrwertsteuer. Bankverbindung: Bayer. Landesbank München, Kto.Nr. 110 24 592, BLZ 700 500 00.

ISSN 0005-7134